

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 45 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
25. Dezember 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunbelt), Wilhelmshöhe,
Post-Begeerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furrbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Kampf-Weihnacht! Von B. Selinger. — Gegen den Feind. — Die
Feuerung. (Für die Les- und Diskussionsabende.) Von Käthe Dunder.
— Vom Arbeitsnachweis für weibliche Erwerbstätige in Berlin.
Von Mathilde Wurm. — Wie werben wir Mitglieder für die Partei
und Abonnenten für die Presse? Von Luise Bieg.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Bremer
Genossinnen. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaft-
liche Rundschau. — Abbruch des Streiks in der Berliner Damen-
konfektion. Von S. Stühmer. — Der Deutsche Holzarbeiterverband.
Von Fk. — Kämpfe in der Zuteindustrie. Von eg. — Genossen-
schaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Dienftbotenfrage. — Frauenstimmrecht. — Sozialistische
Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung. — Verschiedenes.

Kampf-Weihnacht!

Auf leichtbeschwingten Sohlen, leicht und hold, ging einst
die Weihnachtszeit durch unsere Kinderträume. Die dürsten-
den Seelen suchten Labung am Wunderquell frommer
Märchen. In den kleinen Herzen brannte unbewußt und
unerkannt die uralte ewig neue Sehnsucht des Menschen-
geschlechtes: die Sehnsucht nach Erlösung. Sie trug uns auf
schimmernden Flügeln empor und ließ uns Kälte und
Hunger vergessen. Das Leben lachte kalt und hart ob unserer
Träumereien und stieß uns raub in die Wirklichkeit zurück.
Grobe Hände zerrissen den Märchenschleier vor unseren
Augen, schmerzhaft grausame Erkenntnisse bohren sich tief
in das Hirn. So haben wir sehen und denken gelernt. Über
dem versunkenen Stern kindlichen Glaubens ist der des
strahlenden Wissens, zielklaren Willens uns aufgegangen.
Er ist uns Mahner und Rufer zum Kampfe, er ist uns
Führer auf dem dornigen Pfade zu dem Bethlehem der Zu-
kunft, das unsere eigene Kraft uns bereiten soll.

Weihnachten ist es wieder. Die Kirchenglocken klingen
von Liebe und Versöhnung. In unserer zerrissenen Her-
zen aber senkt sich ein anderer Ton. Das klägliche Wim-
mern unserer Christkindlein, die wir sterben sehen müssen,
weil der kraftlose Körper der Mutter ihnen den Lebensquell
nicht zu spenden vermag. Die frosterstarrte Erde umfängt,
was wir so gerne am warmen Herzen gehegt hätten. Und
all die tausende strahlender Weihnachtskerzen vermögen
nicht uns das erloschene Licht ihrer Augensterne wieder zu
entzünden. Da gedenken wir voll flammenden Bornes der
Pharisäer, die in der Reichsversicherungsordnung uns und
unseren Kleinen aufs neue die staatliche Fürsorge für Leben
und Gesundheit verweigert haben. Da erinnern wir uns des
kalten „Unannehmbar“, mit dem der Geschäftsausschuß
unserer herrschenden Klassen über die Qual unzähliger
Mutterherzen sich hinwegsetzte.

Im Namen einer heiligeren Liebe, als sie je in der engen
Brust unserer Gewalthaber geglimmt, erheben wir die so-
ziale Fürsorge für Mutter und Kind zu einer Weihnachts-
forderung. Ein Stücklein unserer Erlösung ist in ihr be-
griffen. Wir auch sind vom Geschlecht jener Gottesmutter,
von der man in den Kirchen singt und sagt. Auch unser

Schoß ist gebenedeit, auch er trägt den Erlöser. Der freilich
nicht, ein bleicher Dulder, das Kreuz nach Golgatha tragen
wird, der ein schwertgegiirteter Held diese Welt der Knecht-
schaft und Trübsal aus den verrosteten Angeln werfen muß.
Um ihn stark an Geist und Körperkraft erblühen zu lassen,
müssen wir dem Kapitalismus unsere langverlorenen Rechte
entreißen. Das Recht auf Gesundheit und Frohsinn und Bil-
dung, das Recht, unseren Kindern Mütter zu sein. Ein kraft-
voller Mutterchoß nur wird gesunde Kinder gebären. Ein
frohes, stolzes Herz nur wird sie bilden können zu freien
Menschen, gleich stark und prächtig im Hase wie in der
Liebe. Ein klarer Geist nur wird sie auf dem rechten Wege
richtig zu leiten vermögen. Von dieser Erkenntnis erfüllt,
treten wir in die Arena des politischen Kampfes, dort um
eine Stunde freie Zeit und um billiges Brot zu ringen. Die
Trostknechte der Reaktion haben das höhnische Lachen ver-
lernt, seit die Mütter der ausgebeuteten Klasse ihnen Aug
in Auge gegenüberstehen. Sie wissen, die vergessen und ver-
geben ihnen keine ihrer schuldwürdigen Sündtaten, die sind
ihnen mit glühendem Eisen in die Hirne und die Herzen ge-
brannt, und die Frauen werden Abrechnung halten mit
allen, was sie hudeit und büttelt.

Es ist nicht wenig, was uns die Gesezmacher des
Klassenstaates seit Jahren an Qual und Hohn und Schmach
aufbürdeten. Der Zoll- und Steuerwucher läßt uns von der
reifen Frucht der Heimat Erde kaum genügend Brot, um den
Hunger zu stillen. Die Junker aber und Großkapitalisten
füllen sich mit unseren blutigen Zinsgroßchen lachend die
goldstrotzenden Taschen. Den fortgesetzten schamlosen Steuer-
und Zollraubzügen danken wir, daß das Elend nicht mehr
aus unseren dürstigen Stuben weicht. Daß unsere Kinder so
oft vergeblich um ein Stücklein Brot betteln, daß wir auch
am Weihnachtsfest mit leeren Händen vor sie hintreten
müssen. Die Sozialgesetzgebung bringt den Darbenden
Steine statt Brot. Für die unschuldigsten Opfer der kapita-
listischen Lohnsklaverei, für die armseligen Wittwen und
Waisen fällt ein abgenagter Knochen vom reichbesetzten Tisch
des Prassers.

Und doch predigt man uns wieder milde von Liebe und
Versöhnung und vom Wohlgefallen auf Erden. Was küm-
mert auch die Not der Massen die Verkündiger der Nächsten-
liebe und Brüderlichkeit. Sie hungern ja nicht, sie haben ein
schützendes Dach über dem Kopfe, wie es ihr Herr und Hei-
land nie gehabt, sie tragen Gold, Silber und reiches Erz im
Gürtel, denn sie sind wohlbestallte Diener des Klassenstaats.
Was geht das arme Weib sie an, das, von der Not getrieben,
ihr Kind unter den heranbrausenden Eisenbahnzug wirft?
Was ist es ihnen, wenn das Elend und das Laster mit
nacktem Leibe durch die Straßen schreiten, wenn der Wahn-
sinnschrei der Verzweiflung aus den Elendstiefen zum
Himmel sich ringt?

Sie werden uns das alte Märlein vom Frieden singen,
ob auch der Himmel noch blutiger als heute vom Widerschein
brennender Dörfer und Städte leuchte; ob auch noch andere

als die starren Leiber und gebrochenen Augen der gemordeten Araberfrauen und -Kinder Anklage erheben gegen das furchtbare Brüderpaar Krieg und Militarismus. Die Völker verbluten sich an den „Friedens“forderungen der Gewalthaber. In allen kapitalistischen Ländern droht die gepanzerte Faust nicht allein mehr nach außen, sondern noch brutaler, gewalttätiger nach innen. In Wien wurde das Straßenpflaster mit dem purpurnen Lebenssaft des „inneren Feindes“ gefärbt. Und vielleicht ist auch in den Herzen unserer Herrschenden das Kaiserwort an die jungen Proletarier im Waffenrock noch nicht verklungen: Ihr müßt auch auf Vater und Mutter schießen, wenn der oberste Kriegsherr es befiehlt.

Das deutsche Proletariat hat in den kommenden Wochen einen Teil der alten Weihnachtsbotschaft zu erfüllen. Es muß die Pharisäer, die Händler und falschen Schriftgelehrten aus den Tempeln hinauspeitschen, damit endlich dem Volke gegeben werde, was des Volkes ist. Wir müssen der Menschheitslösung die Wege bereiten, auf denen unsere Kinder wandern sollen. Vorbei an den Gärten von Gethsemane, in denen wir mit blutender Seele gerungen; empor über die grauen Schädelstätten, auf denen man uns martert und uns Kreuz schlägt: in das Land der Freude und des Friedens, in das Land des Sozialismus. B. Selinger.

Gegen den Feind.

Wo ist die Frau des Arbeiters, des kleinen Mannes, die heute nicht schwer unter der Verteuerung des Lebensbedarfs litte, die nicht unter wachsenden Sorgen und Entbehrungen wirtschaftete? Der Wider Sinn der kapitalistischen Ordnung ist es, der die mögliche Billigkeit der Lebenshaltung in Teuerung verwandelt, und die bestehenden Klassen Deutschlands steigern diese Teuerung noch unerträglich, indem sie zusammen mit ihrer wirtschaftlichen auch ihre politische Macht zur Ausplünderung der Massen mißbrauchen. Sie haben die Hand auf der Klinke der Gesetzgebung, Regierungen und bürgerliche Parteien sind gehorsame Diener ihrer Interessen. So ist jenes „bewährte Wirtschaftssystem“ des Deutschen Reiches geschaffen worden, das durch Zölle und indirekte Steuern dem Volke den Lebensbedarf jährlich um gegen vier Milliarden verteuert und auch den Pfaffen trockenen Brotes nicht schont, ja gerade von ihm recht reichlich nimmt.

Die große Hälfte dieser Riesensumme wandert in die bodenlosen Taschen der großen Landwirte, Fabrikanten, Händler und Spekulanten, der Rest geht in die Taschen des Reiches und enthebt die Mark- und Talermillionäre der Notwendigkeit, nach ihren Vermögen und Einkünften zur Kostendeckung des Reichshaushaltes beizutragen. Nicht der Überfluß der Reichen und Scherreichen ist es also, der in diesen Klassen zusammenströmt, es sind vielmehr in der Hauptsache die aufgespeicherten Entbehrungen der Armen und Armsten. Diese Tatsache verpflichtet die Frauen der breiten, frondenden Klassen zu der Frage: Wozu verwendet das Deutsche Reich die Tausende und Abertausende von Millionen, um die es uns Brot, Mehl, Fleisch, Speck, Kaffee, Petroleum, Salz, Bündelholzchen, kurz alles und jedes verteuert? Die Frage ist um so dringender, als die Mütter einen langen Wunschzettel von Aufgaben haben, die in ihrem Interesse, im Interesse ihrer Lieben vom Reiche sofort gelöst werden müßten. Greifen wir nur zwei davon heraus.

Für Millionen von Familien und einsam dastehenden Arbeiterinnen ist die Wohnungsfrage eine Quelle schmerzlicher Sorgen und Leiden. Ungezählte Kinder stieben jämmerlich dahin, weil sie in dumpfigen, sonnenlosen Hofstuben aufwachsen, in einem engen Seime, das gleichzeitig Wohnraum, Schlafzimmer, Küche und Arbeitsstätte ist. Aus solchen Wohnungshöhlen flüchtet die Behaglichkeit, und auch der tüchtigsten Hausfrau ist es unendlich schwer, ja unmög-

lich, hier Sauberkeit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Und wieviel geistige Kraft, wieviel sittliche Gesundheit geht an dem Wohnungselend, insbesondere an dem Schlafstellenwesen zugrunde! Fragt danach an all den Stätten, wo die Not oder die bürgerliche Justiz und Polizei Opfer der heutigen Ordnung zusammenkehrt! Eine der wichtigsten, verdienstlichsten Aufgaben des Reiches wäre eine großzügige Wohnungsreform, die ein wirkliches Heim den breiten Massen bereitet, die mit ihrer Arbeit den Reichen Villen und Schlösser bauen und schmücken. Wie würde ein solches Heim die Lebensfreude und Schaffenskraft der Hausmütter erhöhen, wie günstig auf die Familie zurückwirken. Zur Lösung dieser Aufgabe hat das Reich jedoch keine Mittel. Die paar Millionen, die es bis jetzt dafür verausgabte hat, sind Lumperei, gemessen an dem furchtbaren Elend, das es zu lindern gilt, sind weniger fast als der bekannte Tropfen, der auf den glühenden Stein niederfällt und verdunstet, kaum daß er ihn berührt.

Gibt es des weiteren eine edlere Verpflichtung für das Reich als jene, den Sehnachtschrei der Millionen nach der Entfaltung ihrer geistigen und sittlichen Gaben durch umfassende Maßnahmen zur Volksbildung zu stillen? Niemand wagt heute zu bestreiten, daß der größte, der fruchtbarste Reichtum einer Nation in den gesund erblühten Kräften ihrer Glieder besteht. Volksbildung, die den einzelnen wissend und tatkräftig macht, ist der größte Gewinn, die höchste Ehre eines Landes. Aber wie dürftig — und oben-drein oft noch vergiftet — sind nicht die Profamen, die den Kindern des Volkes als Nahrung für Geist und Charakter von den Gemeinden und Einzelstaaten in den Armelehrenschulen gereicht werden; wie unzulänglich ist alles, was darüber hinaus geschieht, um den Massen auch nur einen bescheidenen Anteil an dem Wissen, an dem Kunstgenuss unserer Zeit zu gewähren. Wie ein Schwert dringt es durch die Seele der Mutter, daß sie die besten Anlagen ihrer Kinder verkümmern sieht, weil das dürftige Einkommen mit kaltem Nein auf die Frage nach besserer Bildungsgelegenheit antwortet. Manah heimlich geweinte Träne, viele bittere Stunden zeichnen den Weg der kultursehnsüchtigen Arbeiterin und Arbeiterfrau, die angesichts hundert starrender Mädelfragen des Lebens die Dürftigkeit ihrer Erkenntnisse empfindet. Das Reich aber, das Millionen aus dem Hunger des Leibes der Werktätigen zieht, wendet nur wahre Bettelpennige auf, um ihren Hunger des Geistes zu befriedigen.

Wozu dienen in der Hauptsache die märchenhaften Schätze, die ihm zufließen? Sie werden von dem Rüstungswahnsinn verschlungen, der die bürgerliche Gesellschaft beherrscht und auf dieser Stufe ihrer Entwicklung beherrschen muß. Das Meer- und Flottenwesen, die Kolonialpolitik fressen den Löwenanteil der Reichseinnahmen auf. In den 40 Jahren seit der Gründung des Deutschen Reiches haben die Militär- und Marineausgaben allein rund 28 Milliarden erfordert. Dabei sind noch nicht einmal die Kosten der Kolonialpolitik mit eingerechnet, die sich auf Hunderte von Millionen belaufen, und viele andere Aufwendungen ebenfalls nicht, die in engem Zusammenhang mit den Rüstungen stehen. Bringen wir auch sie in Anrechnung, so steigt die Summe auf mehr als 30 Milliarden. Und das für eine Periode des Friedens, wenn wir von dem barbarisch-grotesken Sonnenfeldzug unter dem operettenhaften Weltmarschall Waldersee nach China absehen und der gruelhaften Vernichtung der Hereros unter dem „glorreichen“ Kolonialhelden Trotha.

Die Phantasie der Armen und Kleinen im Reiche, die mit jedem Nidel rechnen müssen, für die ein Goldstück von 20 Mark ein Schatz ist, vermag sich die Riesensumme kaum vorzustellen, die der Rüstungswahnsinn im buchstäblichen Sinne des Wortes verpulvert und ins Wasser wirft. Die Milliarden wurden ja unproduktiv für Zwecke verausgabte, die nicht den Reichtum und die Kultur des Deutschen Reiches vermehrt haben; ganz im Gegenteil. Eine Steigerung der Durchschlagskraft von Granaten und Kanonen-

kugeln, und altes Eisen sind die Schiffspanzerplatten geworden, für die die Regierung eben erst Dutzende von Millionen bezahlt hatte. Fruchtbare Acker, rauschende Wälder, ganze Dörfer werden von dem Schießübungsplatz verdrängt, auf dem unsere Artillerie sich darauf vorbereitet, durch wenige wohlgezielte Schüsse Tausende zu morden, die mühevoll Arbeit vieler Geschlechter zu zertrümmern. 700 000 junge, leistungstüchtige Männer sind für Jahre in die Kaserne gesperrt, wo der gedankenlose Drill die wertschaffende Arbeit ablöst. Bescheiden gegriffen gibt das für die Wirtschaft in Deutschland einen Arbeitsausfall von 3 Millionen täglich, von fast 1 Milliarde im Jahre.

Sinter all der tollen Verschwendung aber lauert beständig die Kriegsfurie, bereit, die glimmende Eifersucht der ausbeutenden Klassen in den verschiedenen Ländern zu hellen Flammen anzublafen, die vernichtend über die Welt rasen. Denn wie ein hitziges Fieber ergreift der Rüstungstaumel die Staaten und peitscht sie vorwärts, um einander mit den gewaltigsten Werkzeugen des Massenmordes und der Zerstörung zu Lande, zu Wasser und nun auch in der Luft zu überbieten. Ein geringfügiger Anlaß, und die durch betriebsame Kriegsheer künstlich genährte Spannung muß sich entladen. Mindestens 50 Millionen Mark wird dann das deutsche Volk tagaus tag ein aufbringen müssen, um Heer und Flotte im Kriegszustand zu erhalten. Und das in einer Zeit, wo Handel und Wandel stockt, wo die Not mit eisernem Griff die Existenz von Millionen packt.

Wo bleibt angesichts dieser Verschwendung von Mitteln und Kräften, von Dingen und Menschen jene Rücksicht auf die Interessen von Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft, jene „Sparsamkeit“, die das Unternehmertum den Arbeitern predigt, wenn sie ein paar Pfennige mehr Lohn fordern, um ihr Sklavendasein etwas freundlicher zu gestalten? Wo das Rechnen mit dem „Möglichen“, das die Stirn unserer Staatsweisen furcht und ein „Unannehmbar“ auf ihre Lippen drängt, wenn die Sozialdemokratie den Veteranen einen Ehrensold von 360 Mk. im Jahre gewähren will, wenn sie wirksame soziale Fürsorge für Mütter und Säuglinge, für Witwen und Waisen heischt?

Gewiß: Wettrüsten, Kolonialbesitz, Kriegsgeschrei und Krieg werfen reichen Gewinn ab für die Lieferanten von zweierlei Luch, von Kartoffeln und Militärpferden, für die Fabrikanten von rauchlosem Pulver und kleinkalibrigem Gewehren, für Reeder und Börsejobber; kurz für alle, die dem „Waterland“ teuer verkaufen, was der Kriegsbereitschaft dient, und die auch aus Strömen vergossenen Bruderbluts mit fester Hand und kaltem Herzen Silber- und Goldstücke herausfischen. Mit den Spauletten oder dem Kolonialamt sichern sie Männern eine Stellung, deren hervorragendste Eigenschaft neben einem alten Namen recht oft nur die Unfähigkeit ist, in einem bürgerlichen Gewerbe „standesgemäß“ ihren Unterhalt zu verdienen. Aber würde den ausbeutenden Klassen nicht auch der Weizen blühen, wenn das Volk der Arbeiter, Handwerker, kleinen Kaufleute, Bauern, Beamten nicht durch den Zoll- und Steuerraub zum Entbehren gezwungen wäre, wenn es verbrauchen könnte, wessen es bedarf, um kulturwürdig zu leben? Der Profit würde Fabrikanten und Händlern ebenjogut zuwachsen, wenn die Massen für sich genügend Kleidung zu kaufen vermöchten, als wenn sie den Rock bezahlen, der des Königs heißt. Die gute „Kapitalanlage“, als welche Freiherr Stumm einst das Rüstten feierte, hat einen tieferen Sinn als allein die Profite bestimmter Kreise der Besitzenden. Es ist das Lebensinteresse der ganzen Klasse, es ist ihr Bedürfnis, die kapitalistische Ordnung selbst und mit ihr die Ausbeutung und Beherrschung der Habenichtse durch die Besitzenden zu verewigen.

Das Deutsche Reich bedarf eines gewaltigen Heeres, bedarf der „Seegelung“ einer starken Flotte, wenn es mit eisengepanzelter Faust oder mit diplomatischen Kniffen Kolonien erobern und behaupten will. Und es muß Kolonien haben, weil es ein Reich der Reichen ist, der politische Machtverwalter der Besitzenden Klassen. Deren Profit steckt in den

tausenderlei Waren, die sich in den Kaufläden und Lagerhäusern aufstürmen. Fleißige Männer und Frauen haben die Reichtümer geschaffen, aber sie dürfen sie nicht genießen, denn sie können sie nicht kaufen, nicht bezahlen. Nicht um den Bedürfnissen aller, um dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen, waren ja die Leiber und Geister der Lohnsklaven lange Stunden an die rasselnden Maschinen und in die dunstigen Werkstätten gebannt. Reichen Gewinn galt es zu erschanzen für die Wenigen, die im Besitz und in der Macht sind. Aber nur der Verkauf der erzeugten Güter ist der Zauberstab, der den in ihnen verborgenen Gewinn löst. Die Besitzenden Klassen bedürfen jenseits der Meere, in einem „erweiterten Vaterland“ Märkte für ihre Waren, Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital, die keine fremdländische Konkurrenz bedroht. Der unverkaufte, unangewendete Überfluß, der nach den Kolonien getragen wird, ist das aufgehäuften Darben und Leiden der Massen, wie das auch die Schiffe und Bajonette sind, die den Überfluß schützen.

Aber trotz des Abströmens der Güter in die Kolonien schwillt und schwillt der Reichtum, den die Ausgebeuteten erzeugen und doch entbehren müssen. Denn die fortschreitende Herrschaft des Menschen über die Natur stellt immer vollkommener Arbeitsmittel und Arbeitsverfahren in den Dienst der Gütererzeugung. Die Produktivkräfte gewinnen die gewaltigste Entfaltung, ihr Spiel wälzt die Welt um und überschwemmt sie mit planlos ins Blaue hinein geschaffenen Dingen, die sich je länger je mehr stauen müssen, weil die Vielen nicht Verbraucher sein dürfen. Auf der Grundlage des Gegensatzes zwischen einem ausbeutenden Häuflein und ausgebeuteten Millionen, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln schafft, werden alle Widersprüche lebendig, welche die bürgerliche Ordnung in ihrem Schoße trägt. Den rebellierenden Kräften, welche diese Ordnung zu sprengen drohen, steht die ausbeutende und herrschende Minderheit ohnmächtig wie Goethes Zauberlehrling gegenüber: „Die Geister, die ich rief, ich werde sie nicht los“. Nur das Proletariat vermöchte das erlösende Wort zu sprechen. Nicht das „seid gewesen!“, das die elementar waltenden Produktivkräfte in das Dunkel zurückscheucht, sondern „Sozialismus“, der ihrem Weben und Wirken die Ketten des Privateigentums abnimmt und das erhabenste Ziel setzt: die Befreiung und Beglückung aller. Aber dann wäre es für immer vorbei mit der Ausbeutungs- und Herrschaftsgewalt von Menschen über Menschen, und noch sind die Besitzenden stark genug, die Besitzlosen zu verhindern, die befreiende Formel zu rufen. So denken sie: helfe, was helfen mag, und erblicke in dem Rüstungswahnsinn einen Abzugskanal für die rasende Gewalt der Produktivkräfte. Die gewissenlose Vergeudung, die wir oben gekennzeichnet haben, wirkt dem Steigen der Wasser entgegen, in denen die bürgerliche Gesellschaft zu versinken droht.

Gleichzeitig geht von der eisengepanzerten Weltmachtspolitik des Deutschen Reiches eine Lösung aus, geeignet, den Sinn des Volkes für seine Lage zu verwirren. Im Namen des Vaterlandes, seiner Ehre, seiner Wohlfahrt soll es rüsten und morden. Jenseits der bunt angestrichenen Grenzpfähle wird den Massen der „äußere Feind“ gezeigt, um ihre Blicke davon abzulenken, daß der „innere Feind“ von rechts und links ihre Taschen plündert und ihre strotzende Kraft bindet. Was ist denn der nationale Gegensatz zwischen Deutschland und anderen Staaten, der unter schmetternder Regimentsmusik gepredigt wird? In seinem Kern nichts als die Eifersucht und das Drängeln der Besitzenden Klassen um den besten Platz an der Rahmschüssel des Weltmarktes, um das größte und rosinenreichste Stück Kolonialkuchen, das eine jede dieser nationalen Klassen gern einschleiben möchte. Die Bewaffnung der Massen gegen den äußeren Feind soll nichts als ihre Entwaffnung im Ringen mit dem inneren Feind sein.

Wenn jedoch alles nicht verfängt, so bleiben schließlich die gezogenen Kanonen das letzte Mittel der Herrschenden gegen

die ungezogenen Nationen. Gaben das nicht die Batterien verkündet, die des Kommandos harrend gegen die preussischen Wahlrechtskämpfer aufgeföhren werden sollten? Die verderbendrohenden Mündungen der Maschinengewehre im Mansfelder Streikrevier? Die bekannten Worte, daß der Soldat auf Vater und Mutter schießen müsse, wenn der oberste Kriegsherr es befiehlt?

Wer über diese Zusammenhänge noch im unklaren sein könnte, den muß der patriotische Trommelwirbel belehren, unter dem alle bürgerlichen Parteien im Wahlkampf Nüstungswahnwitz und Kolonialabenteuer als die Rettung des Vaterlandes rühmen, Nüstungswahnwitz und Kolonialabenteuer auch um den Preis, daß die Völker auf den Schlachtfeldern des Weltkriegs verbluten oder von dem Zoll- und Steuerwucher meuchlings gewürgt werden. An den Massen zu zeigen, daß sie das frivole Spiel der Besitzenden und Herrschenden durchschauen! Ihre Politik ist die der sozialistischen Internationale, die den Völkern den Frieden sichert und ihren Bedrückern unverföhnlischen Kampf ansagt. Darum sind die Massen gewillt, wenn es drauf und drankommt, ihre ganze und stärkste Macht — die Macht der gekreuzten Arme — gegen den Krieg einzusetzen und die mordlüsternen Prozentpatrioten zum proletarischen Frieden zu zwingen. Diese Willensbekundung muß der 12. Januar bestätigen. Den Kriegsheyern, den Förderern des Militarismus und der Weltmachtpolitik auch nicht die Stimme eines aufgeklärten proletarischen Mannes, nicht die Wahlhilfe einer einzigen denkenden Proletarierin. Alle Kräfte vereint bis zum äußersten angespannt, um der Todfeindin des Militarismus und seines Geschwisters, der Sozialdemokratie, den Sieg zu sichern. Heute liegen die Dinge so, daß die Lohnsklaven der kapitalistischen Ordnung in diesem Feinde die ganze Ordnung selbst mit all ihren Greueln bekämpfen. Im Ringen mit ihm kann es kein Paktieren, keine Räßigkeit geben. Auf, gegen den Feind!

Die Teuerung.

Für die Les- und Diskussionsabende.

Von Käthe Duncker.

Aber auch auf dem dritten Produktionsgebiet, dem der Urproduktion, müßten Angebot und Nachfrage miteinander übereinstimmen, wenn ein ungestörter Verlauf des Wirtschaftslebens gesichert sein soll. Die Urproduktion, vor allem Landwirtschaft und Viehzucht, liefert der industriellen Produktion die Rohstoffe, der Arbeiterschaft die Lebensmittel. Wenn die Nachfrage nach den verschiedensten Industrieprodukten wächst, wenn die Profite steigen, wenn neue Betriebe gegründet und alte erweitert werden, dann steigt natürlich auch der Bedarf an Rohstoffen aller Art: an Eisen und Kohle, an Baumwolle, Wolle, Häuten, Kautschuk, Holz usw. Zugleich wird auch die Nachfrage nach Arbeitskräften größer, es steigen die Löhne. Und mit der Arbeiterzahl und den Arbeiterlöhnen wächst der Bedarf an Lebensmitteln, vor allem an Getreide. Dabei stellt sich aber ein tiefgehender Unterschied zwischen der Ausdehnungsfähigkeit von Industrie und Urproduktion heraus. Die Industrie kann ihre Produktion durch Einstellung neuer und leistungsfähigerer Maschinen sowie durch Vermehrung ihrer Arbeitskräfte rasch und fast unbeschränkt ausdehnen. Landwirtschaft und Viehzucht dagegen können ihre Produktion nicht willkürlich beschleunigen; sie sind dabei an natürliche Bedingungen gebunden; die Landwirtschaft an den verfügbaren Boden, an die Zeitspanne zwischen Saat und Ernte, an all die unbeeinflussbaren Faktoren, die den Ausfall der Ernte bestimmen; die Viehzucht an die oft sehr langen Zeiträume, die vergehen, ehe die Tiere die Schlachtreife oder die Fähigkeit zur Milch- oder Wolleproduktion erreichen. So bleibt die Erzeugung der Lebensmittel und der industriellen Rohstoffe hinter dem schnell gesteigerten Bedarf der Industrie zurück, und ihre Preise steigen daher

schneller als die Preise der Industrieerzeugnisse. Dadurch sinken die Profite der industriellen Unternehmer. „Gleichzeitig sieht sich die Arbeiterklasse gezwungen, einen größeren Teil ihres Einkommens für die unentbehrlichsten Lebensmittel auszugeben; sie kann daher weniger Industrieerzeugnisse kaufen. . . . Die hohen Preise der Rohstoffe und die sinkende Nachfrage nach Industrieerzeugnissen setzen der Erweiterungs- und Gründungstätigkeit der Industrie Schranken. Es sinkt die Nachfrage nach Produktionsmitteln (Maschinen, Werkzeugen usw.), die Industriezweige, die die Produktionsmittel erzeugen (Eisenindustrie, Maschinenindustrie), können ihre während der Hochkonjunktur erweiterten Betriebe nicht mehr voll beschäftigen. Sie entlassen Arbeiter. Mit dem Stocken der Gründungstätigkeit, mit dem Sinken der Profite, mit der Ausdehnung der Arbeitslosigkeit sinkt nun die Nachfrage nach allen Waren. Die industrielle Krise naht heran.“ (Bauer.)

Wir haben hier also eine weitere Ursache der Krisen gefunden in der Tatsache, daß die Produktion von Rohstoffen und Lebensmitteln, an natürliche Schranken gebunden, mit der stürmischen Entwicklung der Industrie in den Zeiten des guten Geschäftsganges nicht Schritt halten kann. Und dieses Mißverhältnis zwischen der schnellen Ausdehnung der Industrie und der langsamen Ausdehnung der Urproduktion macht sich stets in einer empfindlichen Verteuerung von Lebensmitteln und Rohstoffen fühlbar.

Damit wären wir nach langem Umweg wieder bei der Teuerung angelangt: Die Anarchie der Produktion bewirkt, daß die industrielle Produktion höchst ungleichmäßig und sprunghaft vor sich geht, und daß dabei die langsame Ausdehnungsfähigkeit der Urproduktion unberücksichtigt bleibt; das Mißverhältnis zwischen beiden ist eine Hauptursache der allgemeinen Verteuerung der Lebensmittel.

Das Mißverhältnis zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion wird aber noch dadurch vermehrt, daß die letztere in allen Kulturstaaten allmählich zurückgeht, denn alle Staaten streben danach, aus Agrarstaaten Industriestaaten zu werden. Einst träumte England davon, die Werkstätte der Welt sein und bleiben zu können, der alle übrigen Länder Lebensmittel und Rohstoffe liefern und Industrieerzeugnisse abnehmen müßten. Aber neben England trat bald Deutschland auf den Plan, bis Mitte der siebziger Jahre noch ein vorzugsweise Getreide ausführendes und Industrieerzeugnisse einführendes, jetzt längst ein Getreide einführendes und Industrieerzeugnisse ausführendes Land. Österreich-Ungarn, Rußland und Amerika lieferten ihm Rohprodukte und nahmen ihm seinen Überfluß an Industrieerzeugnissen ab. Heute ist Österreich-Ungarn bereits in die Reihe der Länder eingerückt, die große Weizenmengen aus dem Ausland einführen müssen. Auch in Rußland hat die Entwicklung zum Industriestaat begonnen, wenn sie auch durch den Absolutismus stark gehemmt wird.

So scheidet ein Staat nach dem anderen als Getreidelieferant aus, um als Getreidekäufer wieder auf dem Weltmarkt zu erscheinen. Der Weltbedarf an Getreide wächst und mit ihm steigen die Getreidepreise. „Die Vereinigten Staaten von Amerika wachsen zum größten Industriestaat der Welt heran; ihre eigene Bevölkerung verbraucht einen schnell steigenden Teil ihrer Ernte. Die Weizenausfuhr der Vereinigten Staaten ist daher im letzten Jahrzehnt beträchtlich gesunken.“ Auch die amerikanische Weizenproduktion nimmt seit einigen Jahren nicht mehr zu. Sie betrug: *

* Nach Kautsky, Der Weg zur Macht. Hamburger Agitationsausgabe, Seite 90.

	Bebaute Fläche Acres	Ertrag Bushels	Durchschnitts- preis pro Bushel 1. Dezember
1901	49,9 Millionen	748 Millionen	62,4 Ets.
1902	46,2 "	670 "	63,0 "
1903	49,5 "	638 "	69,5 "
1904	44,1 "	552 "	92,4 "
1905	48,9 "	693 "	74,8 "
1906	47,3 "	735 "	66,7 "
1907	45,2 "	634 "	87,4 "

Noch andere außereuropäische Länder werden — meist durch europäisches Kapital, das dort angelegt wird — zu Industriestaaten und damit zu Getreidekäufern, so Südafrika, Brasilien, Japan. „Wohl dehnt sich auch der Getreideanbau aus. Insbesondere Argentinien und Kanada haben ihre Getreideproduktion überaus schnell gesteigert. In Argentinien ist von 1890/91 bis 1907/08 die mit Weizen bebaute Fläche von 118800 Hektar auf 5759000 Hektar, der Ertrag von 846960 auf 5474000 Tonnen gestiegen, in Kanada von 1890 bis 1907 die Anbaufläche von 2327152 auf 7712000 Acres, die Erntemenge von 1018100 auf 2494000 Tonnen. Aber selbst diese Vermehrung war zu klein, den schnell steigenden Weltbedarf zu decken.“ — So sind denn auch die Getreidepreise auf dem Weltmarkt in stetem Steigen begriffen. Es kosteten 1000 Kilogramm Weizen (in Mark):

	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
Antwerpen	130	129	133	140	142	130	154	175	191	163
London	132	141	135	144	149	143	155	160	186	157

Ähnlich steht es auf dem Baumwollmarkt. „Der Baumwollbedarf der Weltindustrie beträgt heute mehr als 135 Millionen Ballen jährlich. Diesen Bedarf deckt die Produktion heute gerade noch bei guter Ernte. Ist die Witterung ungünstig, bleibt die Ernte hinter dem Bedarf auch nur um ein Geringes zurück, dann steigen die Baumwollpreise rapid. Die Spinnereien müssen den Betrieb einschränken, weil sie sich den erforderlichen Rohstoff nicht beschaffen und die erhöhten Erzeugungskosten auf die Verbraucher nicht abwälzen können.“ Von den Preissteigerungen einiger Rohstoffe sollen folgende Zahlen reden.

	1901	1910
Baumwolle (pro Doppelzentner in Bremen)	88,5 Mf.	151,7 Mf.
Wolle (pro Doppelzentner in Berlin)	231,3 "	336,7 "
Parakautschuk (pro Kilogramm in Hamburg)	8,80 "	18,60 "

Die Verteuerung der Rohstoffe führt natürlich zur Verteuerung der aus ihnen gefertigten Waren. Mit den Preisen der Baumwolle und der Wolle sind die Preise der Garne und der Gewebe gestiegen, mit den Holzpreisen die Preise der Möbel, mit den Häutepreisen die Preise des Leders und der Schuhe usw.

Teure Lebensmittel, teure Rohstoffe, das ist das Kennzeichen der letzten Jahre. Die Gesellschaft hat die Produktion dieser Waren zu langsam, die Produktion von Produktionsmitteln und Industrieerzeugnissen zu schnell ausgedehnt. Das ist eine der wichtigsten Ursachen der Teuerung, das ist die Wirkung der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise. „Die planmäßige Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige ist unmöglich, solange die Herrschaft über die Produktion den Kapitalisten überlassen bleibt, die nur ihr Heißhunger nach Profit leitet. Die planmäßige Leitung der Produktion wird erst möglich, wenn die Gesellschaft selbst, die Gesamtheit aller Arbeitenden, die Arbeitsmittel besitzt und die Arbeitenden auf die verschiedenen Zweige der Arbeit verteilt. Erst wenn die Anarchie der Produktion aufgehoben wird, wenn alle Arbeitenden im Dienste der organisierten Gesellschaft stehen und von ihr planmäßig zur Erzeugung jener Güter verhalten werden, die die Gesellschaft braucht, wird es nicht geschehen können, daß auf der einen Seite Tausende vergebens Arbeit suchen und Hunderte von eben erst aufgestellten Maschinen stille stehen, während auf der anderen Seite der Menschheit fehlt, was sie braucht, die Hungernden zu speisen, die Frierenden zu kleiden, die Obdachlosen in warmen Stuben zu bergen.“ (Bauer.)

Vom Arbeitsnachweis für weibliche Erwerbstätige in Berlin.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweis zu Berlin versendet soeben seinen Jahresbericht. Entsprechend der günstigeren Wirtschaftslage im Jahre 1910 ist seine Vermittlungstätigkeit in allen Berufen und nach jeder Richtung gestiegen. Daß aber trotz einer aufsteigenden Konjunktur im Jahre 1910 die wirtschaftliche Lage der Berliner arbeitenden Bevölkerung sich nicht gebessert, sondern verschlechtert hat, geht deutlich hervor aus dem großen Andrang arbeitssuchender Frauen, deren Zahl prozentual mehr zugenommen hat wie die der Männer. Die Zahl der arbeitssuchenden Frauen vermehrte sich gegen das Jahr 1909 um 27,6 Prozent, die der Männer um 25,3 Prozent. Die genauen Angaben sind folgende:

a. Männer und Frauen zusammen.

	1909	1910	Gestiegen um
Angebot	157241	197721	29,1 Prozent
Nachfrage	119702	171858	43,6 "
Besetzte Stellen	96950	133353	37,5 "

b. Männer.

Angebot	129001	161695	25,3 Prozent
Nachfrage	84956	124923	47,0 "
Besetzte Stellen	74734	104510	39,8 "

c. Frauen.

Angebot	28240	36026	27,6 Prozent
Nachfrage	34746	46935	36,1 "
Besetzte Stellen	22216	28843	29,8 "

Auf 100 Arbeitsgesuche entfielen offene Stellen:

	Überhaupt	Bei Männern	Bei Frauen
1907	75,9	70,4	104,5
1908	67,3	60,2	101,5
1909	76,1	65,9	123,0
1910	86,9	77,3	130,2

Auffallend ist die große Differenz zwischen Angebot und Nachfrage weiblicher Personen. Auf je 100 Arbeitsgesuche entfielen hier 130,2 offene Stellen. Scheidet man die Abteilung für Diensthöten aus, so verringert sich diese Zahl ganz bedeutend: es entfallen dann auf 100 Arbeitsgesuche nicht mehr 130,2, sondern nur noch 108,0 offene Stellen. Bei den Männern dagegen ist die Nachfrage weit hinter dem Angebot zurückgeblieben. Hier entfielen auf 100 Arbeitsgesuche nur 77,3 offene Stellen.

In der Abteilung für weibliche Erwerbstätige waren ohne Hauspersonal gemeldet 29 638 Arbeitsgesuche, 31 638 offene und 24 128 besetzte Stellen. Immerhin blieben da an 5000 Frauen übrig, die Arbeit nicht nachgewiesen erhielten, ganz abgesehen von der nicht unbeträchtlichen Zahl jener, die versucht haben werden, auf anderen Wegen wie durch den Zentralverein für Arbeitsnachweis Beschäftigung zu erhalten.

In der Abteilung für Diensthöten und Aufwärterpersonal in den beiden Nachweisstellen Gormannstraße und Linkstraße meldeten sich insgesamt

6692 stellensuchende Mädchen und Frauen,
15167 wurden verlangt und
4680 Vermittlungen kamen zustande.

Die Nachfrage nach Diensthöten war also um 44,1 Prozent höher wie das Angebot. Die Zahlen sprechen Bände für die schlechte Entlohnung und Behandlung der Diensthöten. Eine Bestätigung hierfür gibt die sehr lehrreiche Tabelle der Diensthötenlöhne, die sich auf die beiden Vermittlungsbureaus Gormannstraße im nördlichen und Linkstraße im westlichen Zentrum Berlins erstreckt. Der Statistiker des Zentralvereins für Arbeitsnachweis hat sich zwar damit begnügt, nur die absoluten Zahlen anzugeben, die recht wenig besagen. Berechnet man aber die Löhne im Verhältnis zur Gesamtzahl der stellensuchenden Mädchen, dann er-

fährt man erst, wie schlecht sich die Mehrzahl der Hausangestellten stellt.

Es meldeten sich in der Vermittlungsstelle

	Gormannstraße	Linkstraße
Insgesamt weibliches Hauspersonal	711	2761
Davon waren:		
Mädchen für alles	651	2883
Köchinnen	13	249
Kinderfrauen, Kindermädchen	11	67
Abwaschmädchen	21	7
Wirtschafterinnen	14	55
	710	2761

Als maßgebenden Faktor wollen wir nur die zwei ersten Kategorien betrachten, die anderen, weil zu gering an Zahl, ausscheiden. Es erhielten Lohn:

Vermittlungsstelle Gormannstraße		Vermittlungsstelle Linkstraße	
651 Mädchen für alles		2383	
18,1 Proz. bis 15 Mf. monatlich	14,7 Proz. bis 15 Mf. monatlich		
6,6 " " 16 " "	2,8 " " 16 " "		
5,6 " " 17 " "	5,3 " " 17 " "		
15,8 " " 18 " "	8,4 " " 18 " "		
0,9 " " 19 " "	0,6 " " 19 " "		
81,6 " " 20 " "	28,4 " " 20 " "		
1,2 " " 21 " "	1,8 " " 21 " "		
7,2 " " 22 " "	9,4 " " 22 " "		
1,5 " " 23 " "	3,6 " " 23 " "		
0,4 " " 24 " "	0,6 " " 24 " "		
9,8 " 25 - 29 " "	22,4 " 25 - 29 " "		
0,7 " 30 Mf. u. darüb. "	2,6 " 30 Mf. u. darüb. "		
13 Köchinnen		249	
88,4 Proz. 20 bis 24 Mf. monatlich	4,8 Proz. 20 bis 24 Mf. monatlich		
23 " 25 - 29 " "	24 " 25 - 29 " "		
80,7 " 30 - 34 " "	43,3 " 30 - 34 " "		
7,7 " 35 Mf. u. darüb. "	27,7 " 35 Mf. u. darüb. "		

Die Zahl der Köchinnen aus der Gormannstraße ist allerdings eine so geringe, daß das Ergebnis der Berechnung nur mit sehr großer Vorsicht zu betrachten ist. Auf beiden Vermittlungsstellen, im „vornehmen“ Westen so wohl wie in dem viel anspruchsloseren Norden beträgt der Durchschnittslohn 20 Mf. monatlich bei dem „Mädchen für Alles“. Rechnet man für Kost und Logis 1,50 Mf. täglich, so ist der Durchschnittslohn 65 Mf. monatlich, gleich einem Wochenlohn von 16 Mf. Dafür aber unbegrenzte Arbeitszeit, keine freie Minute, nur jeden zweiten Sonntag einen freien Nachmittag, der häufig erst abends um 6 Uhr beginnt. Daß in der Vermittlungsstelle Linkstraße 22 Prozent der Mädchen einen Lohn von 25 bis 29 Mf. erhalten, erklärt sich aus den hohen Anforderungen, die in dieser Gegend an das Mädchen für Alles gestellt werden. Es muß bei diesem Lohn nicht nur selbständig kochen, sondern meist auch zu servieren verstehen, Kinder beaufsichtigen helfen und die vorgeschriebene Uniform für das „bessere“ Haus besitzen, schwarzes Kleid, weiße Schürze. Daß die Löhne der Köchinnen im Vergleich zu denen der übrigen Hausangestellten hoch sind, ist ein Beweis für den außerordentlichen Mangel und großen Bedarf, der an tüchtigen Köchinnen herrscht. Wäre Behandlung und Logis besser, so würde dieser Beruf zweifellos für eine ganze Anzahl von Mädchen und Frauen gute Aussichten bieten.

Aus der Altersstatistik geht hervor, daß die höchsten Altersklassen der Mädchen aus den Jahren 1840 bis 1849 und die jüngsten Altersklassen aus den neunziger Jahren die niedrigsten Löhne erhalten. 76 Mädchen sind bereits mit 14 Jahren in Dienst gegangen; 57 von ihnen erhielten bis 15 Mark Lohn, 2 bis 16 Mf., 1 bis 17 Mf., 4 bis 18 Mf., 1 bis 19 Mf. und 11 bis 20 Mf.

Leider fehlt in dem Bericht jede Angabe über all die sehr beachtenswerten Fragen, die auf den Aufnahmekarten vorgedruckt sind und von jedem, der Personal sucht, beantwortet werden müssen. Wenn auch Angaben und Wirklichkeit nicht

immer ganz übereinstimmen mögen, so wären dennoch bei der Zusammenstellung recht interessante Tatsachen beleuchtet worden. Auf jeder Karte sind nämlich folgende Rubriken auszufüllen: Wie viele Personen zählt der Haushalt? Wie viele Räume die Wohnung? Wie oft hat das Mädchen Ausgang? Wozu alle diese sehr nützlichen Fragen, wenn aus ihnen keine Nutzenwendung gezogen wird, das heißt wenn ihr Resultat der Öffentlichkeit vorenthalten bleibt? Solche Angaben dürften in einem derartigen Jahresbericht nicht fehlen; es könnte dafür unseres Erachtens so manches wegbleiben, was zwar einen schönen Beweis gibt für die Genauigkeit, mit der selbst jedes Telefongespräch eingetragen wird, aber für die Betrachtung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen völlig überflüssig ist. Das gerade, was nicht in dem Bericht steht, hätte einen Überblick über die Lage der Hausangestellten einigermaßen einwandfrei gegeben und zweifellos von neuem bewiesen, daß die Konjunktur den Hausangestellten zwar sehr günstig ist, daß aber diese sie nur wenig auszunützen vermögen mangels einer kräftigen Organisation. Daß die noch junge Organisation gut gedeiht und bald machtvolleren Einfluß gewinnt, dafür sorgen nicht nur die bereits zu ihr gehörigen Aufgeklärten, sondern auch die „Herrschaften“ selber mit ihrem Bestreben, Freiheit und Selbständigkeit der Hausangestellten nach wie vor nach allen Richtungen einzuschränken, und das hilft am besten mit, den gesunden Widerstand aller Dienenden wachzurufen.

M a t h i l d e W u r m.

Wie werben wir Mitglieder für die Partei und Abonnenten für die Presse?

Auf unserer diesjährigen Frauenkonferenz ward von einer Genossin, die schon viele Jahre in der Partei tätig ist, die Frage aufgeworfen: Wie fängt man es an, um in öffentlichen Versammlungen so zahlreich Mitglieder für die Partei zu gewinnen, wie hier von einigen Rednerinnen angeführt wurde? Ähnliche Anfragen sind auch schon an unser Bureau gerichtet worden. Komme ich hinaus zur Agitation, so muß ich oft die Erfahrung machen, daß die Vorarbeiten für die sofortige Aufnahme von Mitgliedern gar nicht oder nur mangelhaft gemacht worden sind. Diese Tatsachen sind die Veranlassung zu den nachfolgenden Ausführungen. Für die Orte, wo die Genossinnen und Genossen bisher schon so verfahren, wie ich darlegen werde, mag es eine Genugtuung sein, daß ihre Methode Schule macht. In der praktischen Arbeit muß manches gesagt werden, was dieser oder jener „schon lange wußte“, was für andere aber ein wichtiger Fingerzeig ist, der ihnen die Arbeit erleichtert und erfolgreicher gestaltet.

Daß meine Ausführungen jetzt, in der Wahlbewegung, kommen, hat seinen guten Grund. In der Zeit des Wahlkampfes, wenn die politische Erregung eine große ist, wenn das „Wahlfieber“ die Massen erfasst hat, wenn in der Folge unsere Versammlungen stark besucht, oft überfüllt sind: dann ist die beste Zeit der Ausfaat für unsere sozialistischen Anschauungen, aber auch die beste Zeit für die Gewinnung neuer organisierter Mitkämpfer. Und diese Zeit gilt es zu nutzen. Aber auch für später gilt natürlich dasselbe. Doch kommen wir zur Sache!

Unsere weiblichen Vorstandsmitglieder sollten allerorten eine möglichst große Anzahl der weiblichen Parteimitglieder zur praktischen Arbeit innerhalb der Parteiorganisation heranziehen und allmählich heranbilden. Da gilt es den Beitragsmaler zu machen, den Bezirksführer oder dessen Stellvertreter. Überhaupt sollten unsere weiblichen Mitglieder immer mehr bestrebt sein, sich im Verwaltungskörper der Partei dauernd und planmäßig zu betätigen. Wie viele Genossinnen und welche von ihnen für die einschlägigen Posten in Frage kommen, das ist natürlich vorher mit dem Gesamtvorstand zu besprechen. So erklärt ja auch bekanntlich der betreffende Parteitagsschluß, so erfordert es die Praxis und das parteigenössliche

Prinzip. Aber ebenso wie in der Verwaltung gilt es, alle sonstigen Arbeiten von den Genossinnen mitausführen zu lassen.

Für die Aufnahme neuer Mitglieder in öffentlichen Versammlungen muß eine besondere Kommission gebildet werden, die möglichst so groß sein soll, daß jedes ihrer Mitglieder nur einen Tisch in der Versammlung zu besorgen hat. Diese Kommission hat mindestens eine Viertel- bis eine halbe Stunde vor der Eröffnung der Versammlung im Lokal zu erscheinen. Hier erhalten ihre Mitglieder die Aufnahmescheine und die ausgespitzten Bleistifte, für die das weibliche Vorstandsmitglied zu sorgen hat. Sie verständigen sich darüber, an welchem Tische oder in welcher Reihe die einzelne Genossin arbeiten soll, damit es kein Durcheinander gibt, wobei man aneinander vorbeiläuft, an einzelnen Tischen zweimal fragt, an anderen gar nicht. Ist die Arbeit so vorbereitet, so kann der ganze Saal in fünf bis zehn Minuten bearbeitet sein. Sofort nach dem Referat sollte eine kleine Pause eintreten, nachdem zuvor vom Referenten oder Vorsitzenden auf die Notwendigkeit der politischen Organisation aufmerksam gemacht und die Höhe des Monatsbeitrags bekannt gegeben worden ist. In dieser Pause erfolgen schnell und sicher die Aufnahmen für die Partei. Es empfiehlt sich nicht, die Aufnahmescheine auf die Tische vorher zu verteilen und sich mit der Erklärung zu begnügen, Aufnahmescheine liegen aus, man bittet, sie auszufüllen. Den Versammlungsbesuchern muß die Beitrittserklärung so leicht wie möglich gemacht werden, daher hat die Ausfüllung der Scheine durch die beauftragten Genossinnen zu erfolgen!

Ist auf diese Weise in der Versammlung eine Anzahl neuer Mitkämpfer und Mitkämpferinnen gewonnen, so haben wir zur Stärkung unserer Organisation, zur Hebung unserer politischen Macht in einer Weise beigetragen, die sicher nicht niedriger einzuschätzen ist als das Wählen der Genossen. Womit ich natürlich nicht sagen will, daß das eine das andere ersetzen kann. Gewiß nicht! Beides ist gleich notwendig, gleich wichtig, beides gehört zusammen und ergänzt sich. Könnten wir Frauen wählen, so würden wir es mit Freude tun. Da wir es nicht können, ist es doppelt unsere Pflicht, in der angegebenen Art für unsere Sache zu wirken und unseren politischen Befähigungsnachweis zu erbringen. Damit leisten wir auch gleichzeitig die wirksamste Vorarbeit für die Erwerbung des Frauenwahlrechts, der politischen Mündigkeitserklärung des weiblichen Geschlechts. Aber noch ein weiteres erzielen wir durch diese Tätigkeit unserer weiblichen Mitglieder. Sie gewinnen leichter und gründlicher das Gefühl und das klare Bewußtsein der innigen Zusammengehörigkeit mit der Partei. Ihr Selbstbewußtsein wird gehoben, wenn sie wissen, sie leisten Wertvolles, Unentbehrliches für die Organisation. Die Freude über jeden erzielten Erfolg fettet sie fester an die Partei und ist gleichzeitig der schönste Lohn für alle Mühe und Beschwerden.

Wo den weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ obligatorisch geliefert wird, ist mit jedem weiblichen Parteimitglied ja auch gleichzeitig eine Leserin für die „Gleichheit“ gewonnen. Wo das nicht der Fall ist, gilt es natürlich, in den Versammlungen ebenfalls Propaganda für die „Gleichheit“ und auch für die örtliche Parteipresse zu machen. Da hat mich nun die Erfahrung gelehrt, daß es nicht im Interesse der Partei und ihrer Presse liegt, wenn man gleichzeitig auf beides verweist. Sind in der Pause die Parteimitglieder erworben, dann sollte nachher möglichst das erzielte Resultat bekannt gegeben und nun eindringlich auch zum Abonnement der Presse, vor allem der „Gleichheit“, aufgefordert werden, und nun müßten die beauftragten Genossinnen nochmals einen Rundgang an den Tischen unternehmen. Wer sich zum Eintritt in die Partei entschlossen hat, wird dann auch leicht als Abonnent der „Gleichheit“ gewonnen und — als Abonnent gehalten.

Erklärlich genug. Die neu gewonnenen Mitglieder sind ja nicht nur organisatorisch von der Partei erfasst, sondern auch geistig. In unseren Parteiversammlungen und Leseabenden suchen wir sie weiterzuschulen, und dabei werden wir dann immer auf die Notwendigkeit des Lesens der „Gleichheit“ aufmerksam machen, wir werden auf diesen oder jenen Artikel verweisen, den sie gebracht hat, und so eine stetige Propaganda für sie unterhalten. In den Leseabenden regen wir die Nichtabonnenten des Blattes zum Abonnement an. Anders liegt es, wenn die Frauen sich erst auf unser Organ abonnieren, dann aber, in Folge ihrer völligen Ungelehrtheit, manches nicht verstehen, was die „Gleichheit“ bringt — und sie wieder abbestellen. Ist das geschehen, so haben wir jeden Zusammenhang mit ihnen verloren und müssen ihn erneut suchen. Im Anschluß an die Propaganda in Versammlungen möchte ich gleich noch eine andere Werbearbeit erwähnen, die ihr folgen sollte: die Hausagitation. Hat eine oder haben eine Reihe von öffentlichen Frauen- oder Volksversammlungen stattgefunden, die eine propagandistische und eine demonstrative Wirkung hatten, hat der Bericht in der Parteipresse sie noch verstärkt und erweitert, so ist es in vielen Fällen zu empfehlen, durch eine Hausagitation diese Wirkung festzuhalten, sie für die Organisation und die Presse nutzbar zu machen. Die Kommission, die in den Versammlungen die Aufnahmen vollzieht, kann dabei die Leitung übernehmen, andere Genossinnen müssen hinzugezogen werden, um die Arbeit auszuführen; in der Regel wird der Erfolg ein guter sein, der all die aufgewendete Mühe vollauf entschädigt. Ob man die Hausagitation buchstäblich von Haus zu Haus betreibt oder an der Hand der gewerkschaftlichen oder politischen Mitgliederlisten, welche Zeit man dazu wählt: das sind Fragen der Zweckmäßigkeit, die von Fall zu Fall entschieden werden müssen. Die Hauptsache ist, daß diese Agitation vorgenommen wird.

Öffentliche Agitation, Agitation in den Leseabenden und Hausagitation, ein planvolles Vorbereiten, ein planvolles Durchführen: so gearbeitet, Genossinnen aller Orte, und der Erfolg wird euch sicher sein! Wünscht ihr noch irgend eine Auskunft, wir sind gerne bereit, sie euch vom Frauenbureau, Lindenstraße 3, zu geben. Luise Biey.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Auf Wunsch des Saivorstandes der Pfalz war die Unterzeichnete vom 18. Oktober bis zum 19. November in der Pfalz agitatorisch tätig. Nicht nur in den größeren Städten, auch in den kleinen und kleinsten Orten fanden Versammlungen statt. In 33 Versammlungen habe ich über das Thema gesprochen: „Das Interesse der Frauen an der kommenden Reichstagswahl“. Der Besuch der Versammlungen war überall sehr gut; besonders erschienen die Frauen in großer Zahl, trotzdem die Geistlichkeit großes Argernis an den Versammlungen nahm und den Frauen verbot, den Saal zu betreten, in dem ich sprach. Im „Christlichen Pilger“, einer Sonntagszeitung, gab die guten Hirten den Frauen den Rat, sich mit Reißigbesen zu bewaffnen und den „Berliner Engel“ mit seiner Wissenschaft herauszulehren, um auf diese Weise zu beweisen, daß die anständig und rechtlich gesinnten Frauen der Pfalz nichts mit den „roten Volksbeglückern“ zu tun haben wollen. Die geistlichen Hezereien hatten in dem kleinen Ort Mailammer so gewirkt, daß am Sonntagnachmittag einige christliche Fanatiker unter der Führung des Küsterjohnes hinter dem Glase voll „Neuen“ beschlossen, die am Abend stattfindende Versammlung zu stören. Ihr sauberer Plan gelang ihnen aber nicht, und sie verhielten sich zuletzt still, als sie sahen, daß ich mich durch ihr Schreien und Toben nicht abhalten ließ, mit dem Zentrum gründlich abzurechnen. Der junge Sohn des Küsters, ein durchgefallener Student, ergriff in der Diskussion das Wort. Seine Ausführungen waren jedoch gänzlich verworren, und als er noch begann, die Interessen der Winger ungeschickt in den Vordergrund zu rücken, da hatten die Leute keine Geduld mehr, ihn länger anzuhören. Im selben Augenblick, als er abtrat, erlosch plötzlich das Licht im Saale. Das Schreien und Toben der aufgeregten beiden Parteien verstärkte sich noch in der Finsternis. Wer die Fliegelei beging, das Licht auszuschalten,

ist nicht erwiesen, aber wahrscheinlich wollten die Christlichen damit dartun, daß sie die Dunkelheit mehr lieben als das Licht. Der Erfolg des Abends für uns waren 53 neue sozialdemokratische Mitglieder, davon zwei Drittel Frauen. Jede Versammlung brachte neue Streiter und Kämpferinnen für unsere Bewegung. Insgesamt wurden in den 83 Versammlungen 637 Frauen und 254 Männer für die Partei gewonnen und auch eine schöne Anzahl Leser für die Parteipresse. Wird so weiter gearbeitet, dann macht die proletarische Frauenbewegung auch in der Pfalz erhebliche Fortschritte, wo bislang noch allzusehr der Krummstab über die Frauen herrschte.

Im Auftrag des Kreisvorstandes des sechsten hannoverschen Reichstagswahlkreises sprach die Unterzeichnete in Versammlungen zu Ughusen, Vesfle, Verden und Achim über: „Die Arbeiterklasse und die kommende Reichstagswahl“. Sämtliche Versammlungen waren sehr gut besucht, besonders die in Verden und Achim, wo die Tabakarbeiter sich seit Wochen in einem Streik zur Unterstützung der ausgesperrten Tabakarbeiter Westfalens befinden. Das Ergebnis der Versammlungen war auch hier die Gewinnung neuer Parteimitglieder, in der Mehrheit Frauen, und Leser für die „Bremer Bürgerzeitung“.

Im 16., 19. und 21. sächsischen Wahlkreis sprach die Unterzeichnete in den Orten Burkhardsdorf, Thalheim, Vielau, Schneeberg, Aue, Bernsbach, Schwarzenberg und Gröna über „Arbeiterhaushalt und Steuerlast“. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht. Besonders glänzend gestaltete sich die Versammlung in Thalheim, wo 600 Männer und Frauen erschienen waren, um Protest gegen die Besteuerung ihres notwendigen Lebensbedarfs zu erheben. 70 neue Parteimitglieder, die gleiche Anzahl neuer „Gleichheit“-Leserinnen und eine beträchtliche Zahl Abonnenten für die örtliche Parteipresse waren das Ergebnis einer Versammlung im Strumpfwirkergebiet des Erzgebirges. Dieser glänzende Erfolg ist der gut organisierten Arbeit der Genossen und Genossinnen am Orte und der Mithilfe der Genossin Wagner-Cheumnitz zu danken. Er sollte überall zu gleicher Arbeit anspornen. In Aue war die Versammlung gut besucht, trotzdem sie zu einer Zeit stattfand, die für die Frauen ungünstig ist. Leider mußte in ihr festgestellt werden, daß die Arbeiterschaft dieses industriereichen Ortes die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht begriffen hat. Die Folge ist niedrige Entlohnung. 12 bis 13 Mk. Wochenlohn erhalten Männer, die in der Metallindustrie beschäftigt sind. Um der Familie das Existenzminimum zu schaffen, müssen Frauen und Kinder — diese bis zu den jüngsten herunter — tätig sein. Es ist an der Zeit, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter Aues sich ihren Berufsorganisationen anschließen, um mit deren Hilfe den reichen Fabrikanten höhere Löhne abzutrotzen und so ihren Kindern etwas Jugendglück zu verschaffen. Eine Anzahl Frauen und Männer traten auch hier der Partei bei. Das Ergebnis der ganzen Agitationstour waren 150 Aufnahmen von Mitgliedern für die Partei und ein schöner Zuwachs an Abonnenten für die „Gleichheit“ und die örtliche Parteipresse.

Um den Wahlkampf in Mittelbaden einzuleiten, wurden in Rastatt, Mühlburg, Bodersweier, Oberkirch, Achern, Mörsh, Doß, Gaggenau, Darlanden, Grödingen, Bergshausen, Durlach, Dillstein, Heidelberg und Ettlingen Volksversammlungen mit dem Thema abgehalten: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“, aber das die Unterzeichnete referierte. Trotzdem die größere Zahl der angeführten Orte in den schwärzesten Winkeln Badens liegt, waren die Versammlungen mit zwei Ausnahmen überaus gut besucht. In Oberkirch war der schlechte Besuch auf das Wirken der schwarzen Soudboten des Zentrums zurückzuführen; unseren Genossen wird dort die Aufklärungsarbeit sehr erschwert. Sehr bedauerlich war die sehr geringe Beteiligung an der Versammlung in Durlach, einem großen industriellen Vorort von Karlsruhe. Wenn nicht eine Anzahl Genossinnen und Genossen aus Karlsruhe anwesend gewesen wären, so hätte das Referat vor einem leeren Saale gehalten werden müssen. Um so mehr Freude bereitete die Versammlung in Dillstein, die am Abend des gleichen Tages, einem Sonntag, stattfand. Hier war das Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Geist, der in allen Versammlungen herrschte, legte Zeugnis davon ab, daß die arbeitende Bevölkerung Badens auf den Tag der Reichstagswahl wartet, um endlich Abrechnung mit den Volksausbeutern zu halten. Hoffentlich reicht die Macht der Gegner nicht aus, die Hoffnungen der Genossen zu vernichten. Die Versammlungen brachten 160 Beitrittserklärungen zur Sozialdemokratie. Das ist ein Beweis für die wachsende Erkenntnis der süddeutschen Proletarier, daß die Partei, die für die höchsten Ideale kämpft, nicht nur ideell, sondern auch materiell unterstützt werden muß.

Im Wahlkreis Holzwinden beschäftigten sich einige Versammlungen gleichfalls mit dem Thema: „Die Frauen und die Reichs-

tagswahlen“. In Holzwinden leidet unsere Bewegung infolge einiger ergebnisloser gewerkschaftlicher Kämpfe unter einer gewissen Flaubeit. Die bevorstehende Reichstagswahl scheint jedoch wieder kräftigeres Leben zu entfachen. Das zeigte der Besuch der Versammlung. In Stadoldendorf ist es unseren Genossen erst vor kurzem gelungen, ein Lokal zu bekommen. Der Andrang zu der Versammlung war groß und sprach für das Bedürfnis nach Aufklärung. Auch in Escherzhäusern war das Lokal überfüllt. Die Hälfte der Erschienenen mußte stehen. Die freudig getragene Unbequemlichkeit bekundete den Ernst der Gesinnung. Viele der Anwesenden hielten bei schlechtem Wetter weite Wege zurückgelegt, um die Versammlung zu besuchen. Die Sozialdemokratie kann auch in der Holzwindener Gegend auf gute Erfolge hoffen. Minna Vollmann.

Im Wahlkreis Hanau-Bockenheim-Gelnhausen-Orb unternahm die Genossin Zuchacz-Rydorf eine mehrwöchentliche Agitationstour. In fast allen Orten, wo uns Lokale zur Verfügung stehen, sprach sie in öffentlichen Versammlungen über: „Teuerung und Kriegsbege im Zeichen der Reichstagswahlen“. Die Veranstaltungen nahmen einen guten Verlauf. Die lebhafteste Zustimmung, welche den Darlegungen der Referentin allerorts zuteil wurde, war der beste Beweis dafür, daß diese sich ihrer Aufgabe in wirksamer Weise entledigte. Wenn auch die Versammlungen in erster Linie für die Aufklärung der Frauen bestimmt waren, so erhielten doch auch die zahlreich erschienenen Männer eine kräftige Anfeuerung zum Wahlkampf, der in unserem Wahlkreis ein äußerst scharfer ist. Die Ausfaat sozialistischer Ideen in unserem durchweg ländlichen Wahlkreis mit seinen vielen Ortschaften erfordert naturgemäß einen großen Aufwand an Zeit, Kräften und Geld. Um so höher muß dann der Erfolg gewürdigt werden, wie ihn auch die Versammlungen der Genossin Zuchacz brachten. Als solchen können wir außer der Festigung und Neubelebung unserer Frauenbewegung auch die Rekrutierung neuer Mitkämpferinnen bezeichnen. Ihre Zahl konnte nach der steten und intensiven Agitation der letzten Jahre natürlich nicht die Höhe erreichen, wie bei erstmaligen Frauenversammlungen, doch bilden die 168 neugewonnenen Mitglieder — 108 Frauen und 58 Männer — einen erfreulichen Gewinn. Auch Abonnenten für die Parteipresse wurden gewonnen. Die Entwicklung der Frauenbewegung in unserem Wahlkreise zeigen folgende Zahlen an. Unsere Organisation zählte an weiblichen Mitgliedern: Am 1. Januar 1905 in 5 Orten 177, am 1. Januar 1910 in 27 Orten 840, am 1. Januar 1911 in 88 Orten 1264, am 1. Dezember 1911 in 43 Orten 1560. In 16 von diesen 43 Orten steht uns jetzt leider kein Lokal zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung zur Verfügung. Doch auch diese Schwierigkeit muß — wie so viele andere — überwunden werden. Wir stehen in einem harten Wahlkampf. Die politische Rechtfertigung wird die Frauen nicht abhalten, dabei ihre Pflicht zu erfüllen. Sie müssen mithelfen, die Sache des Proletariats zum Siege zu führen. R. D.

Die sozialdemokratische Partei Badens hatte für die Zeit vom 1. bis 25. November in folgenden Orten Versammlungen einberufen: Schoppsheim, Rheinfelden, Maulburg, Thiengen, Grenzach, Freiburg, Waldkirch, Emmendingen, Lahr, Radolfzell, Volkmarshausen, Stockach, Singen, Konstanz, Hausen, Rohrbach, Brombach, Heidelberg, Eppelheim, Schöna, Biegelhausen und Handshuhshausen. In all diesen Versammlungen sprach die Unterzeichnete über „Die Frauen und die kommenden Reichstagswahlen“. Der Besuch und Verlauf der Versammlungen war durchweg sehr gut, namentlich befaßten sich viele Frauen unter den Zuhörern. In einzelnen Versammlungen waren auch bürgerliche Frauen anwesend. In allen Versammlungen waren unsere politischen Gegner erschienen, hier und da in großer Anzahl. In keiner Versammlung fehlten wohl Liberale und Zentrums, manchmal ergänzt durch Anhänger des Bundes der Landwirte. Die Gegner waren meist in der freundlichen Absicht gekommen, die Versammlung zu stören, was ihnen jedoch nie gelang. In Thiengen erschienen zwölf schwarze Brüder. Sie wurden aufgefordert zu reden, schwiegen aber wie die Mäuschen. Die Versammlung in Volkmarshausen wurde mit dem Besuch des ehemaligen Arbeiterkandidaten von Zentrums Gnaben besetzt; dieser hatte allem Anschein nach die feste Absicht gehabt, tüchtig gegen die Sozi loszuschlagen. Aber auch er schwieg beharrlich, trotzdem Freunde den sonst so redelustigen Herrn zum Sprechen ermunterten und die Versammlungsleitung ihn volle Redefreiheit zusicherte. Es wäre ihm auch äußerst schwer gefallen, etwas Stichhaltiges vorzubringen. Die Rednerin hatte nämlich die niedrigen Löhne in der Spinnerei und Weberei angeführt, in der der Herr Arbeiterkandidat schon jahrelang Meister ist, und sich zum Zeugen für die Richtigkeit ihrer Ausführungen auf ihn berufen. In Volkmarshausen, Waldkirch, Singen, Lahr, Stockach und Biegel-

hause hatten die Gegner Versammlungen und Theatervorstellungen veranstaltet, um uns die Leute wegzulocken. Doch ohne Erfolg, wie unsere gefüllten Versammlungen bewiesen. In Brombach erregnete sich während der Versammlung das Erdbeben, das einigen Schrecken hervorrief. Verschiedenen Versammlungen wohnten auch Gemeinderäte und Bürgerausschussmitglieder bei, einigen der Bürgermeister der betreffenden Orte. Manche der Herren bedankten sich für die erhaltene Aufklärung. Das Zentrum wühlt in Baden allerorten vor allem im geheimen gegen die Sozialdemokratie. Jeder Weg ist ihm recht, auch der schmutzigste, wenn er nur zu dem gewünschten Ziel führt. Die Parteigenossen Oberbadens können viel davon erzählen. In den katholischen Jungfrauen- und Frauenvereinen wird geheut und den Mitgliedern gesagt: „Der Glaube, die Religion ist in Gefahr. Auf, ihr gläubigen Frauen, verteidigt eure Kirche!“ Die Ortsgeistlichen unterstützen die Hejrabarbeit von der Kanzel herab. Mit welchen Mitteln im Schwarzwald gegen die Sozialdemokratie gearbeitet wird, spottet manchmal jeder Beschreibung. Aufpasser müssen feststellen, wer zur Versammlung geht. Das Unternehmertum beteiligt sich an dieser Spionage. In Rheinfelden wurden Aufpasser vertrieben, die vor dem Lokal standen. Um so erfreulicher ist die kampfesmutige Stimmung, die unter der Bevölkerung Oberbadens herrscht. Die Teuerung und die Finanzreform haben ihre Wirkung nicht verfehlt. In der nahen Schweiz kostet das Pfund Salz nicht 10 Pfennig, sondern 4 Pfennig, das Sechspfundbrot ist um 18 Pfennig billiger als bei uns, die Preise für Fleisch, Hülsenfrüchte, Mehl, Zucker, Butter und Milch sind niedriger als in Deutschen Reiche, Milch und Butter dazu noch besser. Der Unterschied in den Preisen zwischen der Schweiz und Deutschland macht auch für den ärmsten Haushalt wöchentlich 3 bis 4 Mark aus. — Die Agitationstour hatte große Erfolge für die Partei und ihre Presse, sie zeigte, daß unsere Ideen sich durchsetzen. So können wir hoffen, daß die Reichstagswahlen zu einem Volksgericht der Ausgebeuteten über ihre Bedrücker werden.

Marie Wackwitz.

In der zweiten Hälfte des Oktober hielt die Sozialdemokratie im 17. sächsischen Wahlkreis eine Reihe von Versammlungen ab, in denen die Unterzeichnete über das Thema sprach: „Was lehrt die Teuerung die Frauen?“ An den Versammlungen nahmen fast ausschließlich Frauen teil. Den besten Besuch wiesen die Versammlungen in den Dörfern Gersdorf, Callenberg und Hermsdorf auf, dagegen hatte die Beteiligung in den Städten Hohenstein, Glauchau und Meerane im Verhältnis zur Einwohnerzahl stärker sein können. In der Versammlung in Callenberg, in der begeisterte Stimmung herrschte, wurden außer 8 Männern die ersten 25 Frauen für die Partei gewonnen. Die Genossen dort zeigten ein lebhaftes Interesse an der Aufklärung der Frauen und versprochen, Frauenleseabende einzurichten, um die Frauen zu schulen. An der Versammlung in Hermsdorf, wo noch nie eine Frau gesprochen hatte, nahmen auch einige Frauen von wohlhabenden Bauern teil. Sie waren wohl nur aus Neugierde gekommen, aber die Aufmerksamkeit, mit der sie dem Vortrag folgten, ließ erkennen, daß auch ihnen durch die Ausführungen der Rednerin manches in einem anderen Dichte erscheinen mochte als bisher. In allen Versammlungen äußerten die Frauen den Wunsch, öfter derartige Vorträge zu hören, damit sie über die Vorgänge im öffentlichen Leben aufgeklärt würden. 126 Mitglieder für die Partei und eine Anzahl Leser für die „Gleichheit“ wurden in den sechs Versammlungen gewonnen.

M. Reichert.

In Altenwerder, einer Elbinsel in der Nähe Hamburgs, sprach die Unterzeichnete am 8. Dezember in einer Mitgliederversammlung der Partei über: „Die Frauen und die Politik“. Die Insel hat 4000 Bewohner. Der Partei gehörten bisher über hundert Genossen an und vier Genossinnen, die vor kurzer Zeit beigetreten waren. Die Frauen der Mitglieder waren zu der Versammlung mit eingeladen worden, leider konnten jedoch nur fünf dem Rufe Folge leisten. Diese fünf schlossen sich in der Versammlung der Partei an. Außerdem wurden neun „Gleichheit“-Abonnenten gewonnen, die ersten am Orte. Mögen die Genossen und Genossinnen in Altenwerder für unsere große und schöne Sache weiter arbeiten, damit auf ihrer Insel bald keiner mehr unserer Fahne fernsteht.

Luise Kähler.

In der württembergischen Metallwarenfabrik in Geislingen sind fast 300 Arbeiterinnen beschäftigt. Alle Mähe des Metallarbeiterverbandes, sie der Organisation zuzuführen, war bisher umsonst. Der Betrieb beschäftigt gegen 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die für verschiedene Gewerkschaften in Betracht kommen. Von ihnen sind allein die Glasschleifer gut organisiert. Am 11. November feierten die Glasschleifer das Fest des fünfjährigen Bestehens ihrer Organisation, auf dem die Unterzeichnete die Fest-

rede hielt. Da an der Feier auch viele Frauen und Mädchen teilnahmen, die in der Metallwarenfabrik arbeiten, so nahm die Unterzeichnete die Gelegenheit wahr, ihnen die Notwendigkeit des Anschlusses an die Gewerkschaften darzutun. Nachher in der Unterhaltung rückten die Arbeiterinnen mit ihren Beschwerden und Wünschen heraus. Sie werden nicht nur ungenügend entlohnt, sondern sie haben auch noch unter schlechter Behandlung zu leiden. Die Arbeiterinnen versprochen, sich der Organisation anzuschließen; sie wollten nicht mehr länger Lohndrückerinnen sein und sind entschlossen, sich eine würdigere Behandlung zu erkämpfen. Die „Gleichheit“ war in diesem großen Industrieort unbekannt.

Helene Grünberg.

Im Auftrag der Parteileitungen des 19. und 21. sächsischen Wahlkreises sprach die Unterzeichnete in öffentlichen Frauenversammlungen zu Annaberg, Grünstädtel, Schlettau, Bärenstein, Sofa, Beierfeld, Vermögrün, Bockau-Aue und Bschorlau. Das Thema lautete: „Lebensmittelwucher, die Stellung der Regierung und die Aufgaben der Frauen bei den kommenden Reichstagswahlen.“ Die Versammlungen waren sehr gut besucht, einige überfüllt, so daß viele Besucher stehen mußten. In Sofa war der Andrang besonders groß; 500 Personen waren im Saale, außerdem standen auf den Treppen Zuhörer, und annähernd 200 Menschen warteten auf der Straße. Die Frauen machten in allen Orten zwei Drittel der Versammlungsteilnehmer aus, ein Zeichen, daß auch im Erzgebirge die Proletarierinnen begonnen haben, sich gegen ihr trauriges Loos aufzulehnen. Im Annaberger Bezirk, in dem die Heimarbeit zu Hause ist, süßen die Frauen mit ihren Kindern vom frühen Morgen bis zum späten Abend bei den Posamenten- und Perlarbeiten, die in den Städten bewundert werden. Kinder von vier Jahren müssen schon bei der Arbeit helfen. Für eine Woche anstrengender Arbeit sind 4 bis 7 Mk. der Lohn. Mit Tränen im Auge erzählte eine Mutter der Unterzeichneten, sie habe den heißen Wunsch, ihre Kinder vor der Erwerbsarbeit wenigstens im zartesten Alter zu bewahren, aber die allgemeine Teuerung lasse es nicht zu; es seien in der Woche doch einige Pfennige, die durch die Arbeit der Kleinen mehr verdient würden. Die Frauen klagten, schon lange könnten sie nur ganz wenig Fleisch kaufen, nun sei es ihnen auch unmöglich, die teuren Kartoffeln zu bezahlen. Der Preis schwankt im Erzgebirge zwischen 4,60 und 5,60 Mk. für den Zentner. Als die Unterzeichnete in den Versammlungen auf die Höhe und indirekten Steuern zu sprechen kam und darlegte, wozu deren Ertrag verwendet wird, als sie die Stellung der bürgerlichen Parteien und der Regierung zu der jetzigen Hungersnot kennzeichnete: da brachen die Frauen in heftige Entrüstungskrufe gegen die Lebensmittelverteurer aus. Sie gelobten, im Bunde mit den Männern dafür zu sorgen, daß am 12. Januar 1912 das Volk seine Quittung ausstellt für die Taten der bürgerlichen Parteien während der letzten fünf Jahre, besonders aber für die Sünden des schwarz-blauen Blocks. Die Partei gewann durch die Versammlungen viele neue Mitglieder, Männer und Frauen, und die „Chemnitzer Volksstimme“ und die „Gleichheit“ erhielten neue Leser.

Berta Lungwitz.

Jahresbericht der Bremer Genossinnen. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder in Bremen ist im letzten Jahre von 1599 auf 1920 gestiegen. Das ist einer regen Agitation der Genossinnen und Genossen zu danken. Die Genossinnen werden, wie schon im Jahre zuvor, namentlich durch Hausagitation neue Anhänger, wobei ihnen die Genossen tatkräftig halfen. In den regelmäßigen Zusammenkünften der Frauen, an denen im Durchschnitt fünfzig Genossinnen teilnahmen, wurde das Erfurter Programm erläutert. Im Anfang des Jahres leitete Genosse Rauch diese Zusammenkünfte; als er Bremen verließ, trat Genosse Schwarz an seine Stelle. Auf den besonderen Wunsch der Genossinnen wurden noch folgende Fragen behandelt: „Die proletarische Kindererziehung“, „Die Ausbeutung schulpflichtiger Kinder“, „Die Frauen im Kampfe gegen den Alkoholismus“. Die Vorträge hierüber riefen lebhafteste Debatten hervor, welche das Interesse und Verständnis der Genossinnen für die behandelten Fragen bewiesen. Da sich die Frauen bei den Zusammenkünften noch vor ungefähr einem Jahre in hartnäckiges Schweigen hüllten, so bedeutet ihre Beteiligung an der Diskussion einen freudig zu begrüßenden Fortschritt. Zwei junge Genossinnen haben sich zu Vortragenden ausgebildet, und wir hoffen, daß sich ihnen in diesem Jahre neue hinzugesellen werden. Wichtig ist, daß sie für ihre weitere Schulung Förderung finden. In den ländlichen Distrikten, die zur Organisation Bremen gehören, sind die Zusammenkünfte der Genossinnen eingegangen, nur in einem einzigen Orte konnten sie aufrechterhalten werden. Die Ursache ist, daß die ländlichen Parteigenossen ein Stückchen Land besitzen, das sie zusammen mit den Frauen nach Feierabend bearbeiten, solange es

noch hell ist. Kommen sie dann gegen 10 Uhr von dieser Arbeit nach Hause, so fehlt den Frauen der Mut, noch nach den Zusammenkünften der Genossinnen zu gehen. Wir werden es aber trotzdem versuchen, auch die Proletarierinnen auf dem Lande für regelmäßige Zusammenkünfte zu gewinnen. In dem ländlichen Distrikt Gasteid, in dem die Frauenabende noch fortbestehen, nehmen jetzt an ihnen 40 Frauen — gegen 14 im Anfang — teil. Im September 1910 fanden drei Volksversammlungen statt, in denen Genossin Gewehr aus Elberfeld über den „Lebensmittelwucher“ referierte. Im Oktober erstattete Genossin Reize-Begefac in einer gut besuchten Frauenversammlung Bericht über die internationale sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen. Dem Frauentag stellten sich in Bremen viele Hindernisse in den Weg. Es war zum Beispiel nicht möglich, für den Abend einen großen Saal zu bekommen, weil im Winter Sonntags nachmittag um 4 Uhr der Tanz beginnt. So wurden nachmittags zwei Versammlungen abgehalten, in denen die Genossinnen Vosse und Simon referierten. Der Besuch dieser Versammlungen hätte besser sein sollen. Genossin Simon sprach am Abend des gleichen Tages auch im Vorort Woltmershausen in einer gut besuchten Frauenversammlung, die der dortige Frauenchor mit schönen Freiheitschören eröffnete und schloß, über das Frauenstimmrecht. An den Mitgliederversammlungen der Partei nahmen die Genossinnen in größerer Zahl als in den Vorjahren teil. Am 10. Mai fand in Bremen ein „Margaretentag“ statt; als Protest gegen diese neue Mode des bürgerlichen Wohltätigkeitsrummels verkauften die organisierten sozialdemokratischen Frauen auf den Straßen rote Nelken. Sie erzielten dabei einen Überschuß von 1100 Mark, der dem Wahlfonds zugeführt wurde. Genossin Simon ist wieder zur Vertrauensperson gewählt worden. Wenn auch langsam, so schreitet die sozialistische Frauenbewegung in Bremen doch stetig vorwärts. Die Genossinnen werden künftig noch mehr auf dem Posten sein als bisher. Denn wer vorwärts will, „der darf nicht stehen, der darf niemals zurücke gehn“.

Grete Simon.

Politische Rundschau.

Der Reichstag ist geschlossen und hinterher aufgelöst worden, der Zeitpunkt der Neuwahlen, der 12. Januar, ist amtlich verkündet. Die Bahn zur Abrechnung mit den Volksfeinden ist offen. Der Wahlschwindel der Gegner hat kräftig eingesezt, schon die letzten beiden Sitzungen des Reichstags standen in seinem Dienst. In der vorletzten Sitzung mußte der Reichschatzsekretär Konservativen und Zentrum mit einer rosigen Darstellung des Standes der Reichsfinanzen zu Hilfe kommen. In der Schlußsitzung des Reichstags hatte dann der Reichskanzler die undankbare Aufgabe, den Schaden wieder gutzumachen, den er den nationalen Parteien zugefügt hatte, als er ihre Heße gegen Frankreich und England als eine gewissenlose Wahlmache kennzeichnete. Die patriotische Begeisterung und die Englandheße, von der die Schwarzblauen eine Aufbesserung ihrer elenden Wahlausichten erhoffen, sollte nicht länger gelähmt werden durch jene Worte, die der Reichskanzler im Kampfe um sein Amt dem Führer der Konservativen entgegengeschleudert hatte. Nunmehr sollte Reichmann Hollweg der imperialistischen Strömung, die der Marokkohandel aufgestaut hatte, neue Bewegung verleihen und damit zugleich die heißbegehrte nationale Wahllosung ausgeben, die die bürgerlichen Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenführen könnte. Und der Reichskanzler scheute sich auch wirklich nicht, sich selbst aufs Maul zu schlagen, indem er seine eigenen früheren Erklärungen gründlich widerlegte und die nationale Erregung, die er damals so treffend gekennzeichnet hatte, jetzt als begreiflich und nützlich pries. Trotz der paar versöhnlich klingenden Worte, die genau so viel Wert haben wie die des englischen Ministers, hat er in Wirklichkeit nur der Verhekung Englands und Deutschlands neue Nahrung geliefert. Die Englandheße steht denn auch in vollster Blüte. Was nur zur Erregung chauvinistischer Triebe dienen kann, wird herangeschleppt. So nun auch der Prozeß vor dem Reichsgericht, der gegen englische Espione und deutsche Landesverräter geführt wurde, herhalten, um die gefährlichen englischen Absichten und die abgrundtiefe Niederrichtigkeit des heimtückischen Englands recht grell auszumalen. Die ehrliche Ordnungspresse hat biederer Gesichts getan, als ob solche Spionage ein gräßlicher Ausnahmefall wäre, während sie tatsächlich zum täglichen Handwerk der Regierungen aller Staaten gehört. Der Spießer soll es mit der Angst kriegeln. In blasser Furcht vor englischen Überfällen wird er dann zur Uene eilen, um durch Abgabe eines nationalen Bettels Deutschland zu retten und die vaterlandsfeindliche Sozialdemokratie zu zer-

schmettern. Nach den Kosten der Rettung, nach den Ausgaben für die neuen Flotten- und Heeresrüstungen soll er aber in seiner hurrapatriotischen Trunkenheit nicht fragen.

Der Hinweis auf die Ausgaben, die die kommenden Rüstungen verursachen werden, ist freilich so kurz vor der Wahl äußerst unangenehm. Deshalb mußte der Schatzsekretär am vorletzten Tage der Reichstagsverhandlungen der Öffentlichkeit von dem glänzenden Stande der Reichsfinanzen erzählen. Er sollte die Wähler in den frohen Glauben versetzen, daß die Reichsfinanzreform den Reichsjüdel so voll gemacht habe, daß selbst bei großen militärischen Mehrausgaben die jetzigen Einnahmen des Reiches zur Deckung des Mehrbedarfes ausreichen, neue Steuern gar nicht nötig werden würden. Das ist nun einfach ausgeschlossen. Selbst wenn alle die Angaben des Schatzsekretärs durchaus unantastbar wären — was sie aber keineswegs sind —, so stünde eben auf Grund dieser Angaben nur fest, daß die neuen drückenden und ungerechten Steuern zwar mehr Geld in die Kasse gebracht haben, aber daß sie eine völlige Befundung des Staatshaushalts nicht herbeizuführen vermochten. Auch jetzt muß noch mit Anleihen gearbeitet werden, und ein erheblicher Teil der Besserung der Finanzen ist eine Folge des Aufschwunges des Wirtschaftslebens, der die Erträge der Zölle und Steuern stets anschwellen läßt. Sobald der Niedergang den Aufstieg wieder ablöst, werden die Mehreinnahmen zum Teil wieder verschwinden. Die Reichsfinanzreform stellt daher keineswegs den letzten großen Raubzug auf die Taschen der Proletarier und kleinen Leute dar — wenn die neuen großen Ausgaben kommen, wird gar bald ein neuer ins Werk gesetzt werden müssen.

Selbst in den Kreisen der Junker herrscht wenig Zuversicht auf den Erfolg der Vermuthlichen Schaumschlägerei. Dem Blatte der Landbündler, der „Deutschen Tageszeitung“, ist gar nicht geheuer zumute. Immer wieder ermahnt sie, die Wähler doch nicht durch das Gerede von kommenden großen Rüstungsausgaben zu beunruhigen, immer wieder versichert sie trampfhaft, alle Angaben über die Kosten der neuen Flottenvorlage, die sich zwischen 350 und 360 Millionen Mark bewegen, hätten nichts zu bedeuten, da die Reichsregierung noch gar nichts beschlossen habe. Indes nützt dies Verstedspiel nicht viel, denn die Werkarbeit für die Vergrößerung des Heeres und der Flotte wird bereits mit Hochdruck betrieben. Macht sich doch bereits deutlich die Eifersucht der Armeekreise auf die glänzenden Ausfichten der Flotte bemerkbar. Die Nachrichten darüber, welche unserer Kriegswaffen bei den neuen Rüstungen den Vorrang haben sollte, wechseln in lustiger Folge. Doch steht auf alle Fälle eins unüberbrüchlich fest: kommen werden beide, sowohl die Heeresvorlage wie die Flottenvorlage, und ihnen wird sich noch eine Luftflottenvorlage anschließen. Neuere Meldungen zeigen, daß die Militärverwaltung eifrig dabei ist, die letzte Errungenschaft menschlicher Kultur zum brauchbaren Nordwerkzeug auszugestalten. So ist neuerlich bei Köln das Bombenwerfen vom lenkbaren Luftschiff aus geübt worden, und Holz wird mitgeteilt, daß sehr befriedigende Ergebnisse erzielt wurden. Bis jetzt hat noch keine der bürgerlichen Parteien Widerspruch gegen diese Pläne erhoben. Auch der Fortschritt hütet sich ängstlich, dem Belzug für neue Rüstungen entgegenzutreten.

Ein verwegenes Spiel treiben die bürgerlichen Parteien im sächsischen Landtag. Anscheinend haben sie daran verzweifelt, noch Wähler aus der Arbeiterklasse zu gewinnen, und so scheuen sie sich nicht länger, den Arbeitern die Faust zu zeigen, um dadurch bei den Unternehmern lieb Kind zu werden. Sie verlangten in Anträgen und Anfragen die Abwägung des Koalitionsrechtes durch verschärfte Gesetze zum Schutze der Streikbrecher. Die Sozialdemokratie führte einen Gegenschlag durch die Interpellation, die die Regierung aufforderte, Maßnahmen zum Schutze des Koalitionsrechtes zu treffen. An der Verhandlung im Landtag konnten die unentwegtesten Scharfmacher ihre helle Freude haben. Konservativen und Nationalliberale überboten einander in den giftigen und verleumdertischen Angriffen auf die Arbeiter. Die Regierung erklärte sich natürlich mit Freuden bereit, im Bundesrat auf die Schaffung neuer Ausnahmestimmungen gegen die kämpfenden Arbeiter, wie Verbot des Streikpostenstehens und Verschärfung der Strafen für Streiksünder hinzuwirken. Unsere Genossen stellten an der Hand unwiderrleglicher Zeugnisse fest, daß der Gebrauch des Koalitionsrechtes schon heute den Arbeitern durch Polizei und Gerichte fast unmöglich gemacht wird und daß die Rechtsprechung gegen Streikende als blutigste Massenjustiz sich betätigt. Doch die Karsten Beweise prallten wirkungslos an dem Ministerpräsidenten ab. Hatte dieser doch erst kürzlich eine Rede gehalten, deren Sinn die Ordnungspresse zutreffend in die Worte faßte: Kein sittlich denkender Mensch kann Sozialdemokrat sein.

In der Debatte tat sich auch der Redner des Fortschritts hervor, indem er unter dem lebhaftesten Beifall seiner Fraktion den von allen Seiten angegriffenen Arbeitern gleichfalls einen Zutritt versetzte. Er geterte über den Terrorismus der Sozialdemokratie und trat mit den Konservativen dafür ein, daß untersucht werde, was sich gegen die „Auswüchse“ des Lohnkampfes tun lasse. Im selben Atem erklärte er zwar, daß er das Koalitionsrecht nicht antaillen lassen wolle, aber das behauptete die Regierung ja auch, als sie seinerzeit die Zuchthausvorlage einbrachte. Der Fortschritt ist jedenfalls kein zuverlässiger Verteidiger des Koalitionsrechts mehr. Um so tatkräftiger muß die Arbeiterklasse dafür arbeiten, daß dieses Grundrecht durch die Wahlentscheidung gegen die Anschläge der Scharfmacher gesichert werde.

Die englische Regierung hat wieder einmal erklären lassen, sie sei bereit, die Flottenrüstungen einzuschränken, wenn Deutschland dasselbe tun werde. Da Deutschland seine Flotte aber verstärken wird, so haben die Völker verstärktes Beträufeln zu gewärtigen.

In Frankreich plant die Regierung die Errichtung einer besonderen Streikendarmee, weil sie die Ausbreitung des Antimilitarismus fürchtet, wenn das Heer zur Unterdrückung von Streiks verwendet werden muß.

Die russische Sozialdemokratie führt in und außerhalb der Duma einen zähen Kampf für die Revision des Prozesses der sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma. Die Unglücklichen, die jetzt in russischen Kerlern hinfischen, zum Teil schon gestorben sind, wurden, wie sich jetzt herausstellt, die Opfer einer schuftigen Spießkappe. Die angebliche Verbindung der Fraktion mit angeblichen revolutionären Soldatenorganisationen ist durch Lockspiegel ins Werk gesetzt worden, die die Soldaten organisierten und anstifteten, an die sozialdemokratische Fraktion heranzutreten. Natürlich weigern sich Regierung und die Parteien der Rechten, den Justizmord wieder gut zu machen. Sie können aber nicht verhindern, daß unsere Genossen die empörenden Tatsachen immer wieder an die Öffentlichkeit tragen und Dumaführung auf Dumaführung mit ihrer Forderung auf Revision erfüllen.

Der italienisch-türkische Krieg schleppt sich unter Greueln weiter hin; die Entscheidung steht trotz eines neuerlichen Sieges der italienischen Übermacht bei Tripolis noch fern. Ebenso schwankt die Wage noch immer in China zwischen Regierung und Revolutionären. Allerdings ist die unumschränkte Herrschaft der Mandschudynastie für immer niedergeworfen, es handelt sich jetzt darum, ob der parlamentarisch zu regierende Staat die Form einer Monarchie oder einer Republik erhält. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Reichstagswahlen sind auch für die Gewerkschaften von der größten Bedeutung. Abgesehen von dem einheitlichen Interesse der Arbeiterklasse am Siege der Sozialdemokratie, ist für die gewerkschaftliche Organisation des Proletariats als solche die Neugestaltung des Reichstags von besonderer Wichtigkeit. Bei all den großen sozialpolitischen Gesetzeswerken, die die Gewerkschaften so stark berühren, ist der letzte Reichstag über Forderungen und Bedürfnisse der Arbeiterschaft brutal hinweggestampft. Den kommenden Reichstag werden aber für die Gewerkschaften noch weit bedeutungsvollere Fragen beschäftigen. Er wird über den gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen zu befinden haben, das heißt über ein Ausnahmegericht, das sich in erster Linie gegen die Gewerkschaften richtet. Welche Stimmung dafür in den Bundesregierungen herrscht, bekundet die Erklärung des sächsischen Ministers im Landtag: er werde im Bundesrat für ein solches Arbeitswilligengesetz wirken. Sollen so die Gewerkschaften an ihrem Lebensnerv getroffen werden, so ist es klar, daß sie solche Pläne am wirksamsten bekämpfen, indem sie der Sozialdemokratie kräftig Wahlhilfe leisten. Sie ist die einzige Partei, die die Interessen aller Ausgebeuteten im Kampfe gegen alle Ausbeutenden vertritt. Einige Ortsvereine haben die praktische Schlussfolgerung dieser Erkenntnis gezogen. Aus ihren Mitteln haben sie Beiträge zu den sozialdemokratischen Wahlgeldern geliefert. Unsere Behörden, die allezeit auf den Vorteil der bestehenden Klassen bedacht sind, wollen dies nun ausnützen, um diese Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln. In Sachsen ist das auch bereits geschehen. Unseres Wissens liegt zwar eine Reichsgerichtsentscheidung vor, wonach aus diesem Anlaß eine Gewerkschaft nicht für politisch erklärt werden kann. Aber daß eine Verfügung widergesetzlich ist, macht sie ja in Deutschland noch lange nicht unmöglich. Es ist auch nicht weiter merkwürdig, daß die Behörden vor gleichen Vergehen der

Unternehmerverbände die Augen zudrücken. Bisher ist der „Zentralverband der Industriellen“ trotz seines Wahlfonds noch nicht für politisch erklärt worden, und viele Unternehmerorganisationen weisen ganz unbeanstandet den staatsbehaltenden Parteien Mittel für den Wahlkampf zu. Ferner liegen auch öffentliche Aufrufe von Unternehmerverbänden vor, die zur Betätigung bei politischen Wahlen auffordern. Unter anderen hat in Dresden der Obermeister der Buchbinderzwanngsinnung in der Innungszeitung einen Aufruf an die Meister und Meistersöhne erlassen, bei den Stadtverordnetenwahlen Hilfe als Listenführer und Schlepper zu leisten, „um der Sozialdemokratie den Sieg zu entreißen“. Daß dieser Obermeister konservativer Reichstagskandidat ist, macht die Sache nur noch schöner. Wir sind gewiß die allerlehten, zu glauben, es sei eine politische Nichtbetätigung wirtschaftlicher Machtgruppen möglich. Wenn aber die Gewerkschaften bei ihrer politischen Betätigung von den Behörden belästigt werden, so muß man um so schärfer auf die sich darin ätzende Rechtsungleichheit im Rechtsstaat Deutschland hinweisen. Das Vorgehen der Behörden zeigt auch wieder einmal, wie wenig ernst die Worte der Minister waren, die bei der Beratung des vielgerühmten Reichsvereinsgesetzes im Reichstag eine loyale Handhabung des neuen Gesetzes versprochen.

Der Berliner Formerstreik ist mit geringem Erfolg für die Arbeiter beendet, und damit ist auch die Aussperrung der Berliner Metallarbeiter aufgehoben. Die von Vertretern der beiden Parteien getroffene Vereinbarung hatten die streikenden Formier abgelehnt. Daraufhin wurden neue Verhandlungen eingeleitet mit dem Ergebnis, daß die Unternehmer die Erhöhung des Stundenlohns für Hilfsarbeiter von 40 auf 42 Pf. zugestanden und sonst noch einige kleine Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Inzwischen hatten die Metallindustriellen bereits die Aussperrung vorgenommen. Eine zweite Versammlung der Streikenden lehnte auch die neuen Vereinbarungen als ungenügend mit großer Mehrheit ab, allerdings nicht mit der Dreiviertelmehrheit, die für die Weiterführung des Streiks erforderlich gewesen wäre. Damit war der Streik beendet. In der Versammlung wurde stürmischer Unwille über das so magere Ergebnis des neunwöchentlichen Kampfes laut. Es erschien jedoch zweifelhaft, ob bei längerer Dauer mehr hätte erreicht werden können, wenngleich der Aussperrungsbeschluss der Unternehmer noch lange nicht im ganzen Umfang durchgeführt worden war. Hätten die Metallindustriellen dies getan, so wären allein mindestens 60 000 Metallarbeiter ausgesperrt worden. Tatsächlich hatten sich nur 18 845 als ausgesperrt beim Verband gemeldet. Dazu kamen noch 1589 Transportarbeiter, 1175 Fabrikarbeiter, 451 Schmiede, 447 Holzarbeiter usw., insgesamt 22 936 organisierte Arbeiter. Werden dazu etwa 8000 Unorganisierte gerechnet, so waren es insgesamt rund 31 000 Aussperrte. Die Unternehmer haben, wie jetzt durchsichert, den Aussperrungsbeschluss nicht so einmütig gefasst, wie in der bürgerlichen Tagespresse gemeldet wurde. Sie hatten überhaupt darauf gerechnet, daß der Beschluss gar nicht zur Ausführung kommen, sondern daß die Androhung der Aussperrung genügen würde, die Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen. Als die Einigung mit den Formern wider Erwarten nicht zustande kam, wurde der Aussperrungsbeschluss in abgeschwächter Form durchgeführt. Eine bessere Zeit und Gelegenheit wird genutzt werden, um den Arbeitern größere Erfolge zu erringen.

Zur Beilegung der Tabalarbeiteraussperrung sind Verhandlungen eingeleitet, die zunächst an den Ausgangspunkten der Bewegung geführt werden. In Westfalen fanden in zwei Bezirken auf die Anregung eines Landrats und eines Bürgermeisters hin Verhandlungen statt, zeitigten aber kein die Arbeiter und Arbeiterinnen zufriedenstellendes Ergebnis. Was die Unternehmer bieten, ist lächerlich gering. Doch wird versucht, die Verhandlungen fortzuführen. Es sollen auch Verhandlungen mit den fünf Firmen im Gange sein, bei denen die Arbeiter vor Ausbruch der Aussperrung Forderungen gestellt hatten. In den übrigen ist der Kampf unverändert. Den Unternehmern ist es trotz aller versprochenen hohen Löhne nicht gelungen, Arbeitswillige zu bekommen. Angesichts der Lage ist es um so dringender Pflicht aller Proletarier, tatkräftig die kämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen weiter zu unterstützen.

Der Kampf im Steindruckgewerbe wird fortgeführt. Erneute Verhandlungen verliefen ergebnislos, weil die Unternehmer auf der Festsetzung der Arbeitszeit bestanden. In der vorgeschlagenen Form bedeutet diese aber für viele Lithographen und Steindrucker eine Verschlechterung.

Eine Aussperrung im Isoliergewerbe haben die Unternehmer vorgenommen. Die Isolierer gehören dem Bau-

arbeiterverband an. Sie hatten beschlossen, eine Firma, die hartnäckig die getroffenen Tarifvereinbarungen mißachtet, durch Spernung ihrer Filialen zur Einhaltung des Vertrags zu zwingen. Darauf wurde über sie die Aussperrung verhängt, die wegen des geringen Umfanges dieses Gewerbes keine große Ausdehnung nehmen kann.

Viele kleinere Lohnbewegungen und Kämpfe in verschiedenen Gewerben lassen erkennen, wie unwiderstehlich die Verteuerung der Lebenshaltung die Ausgebeuteten aufpeitscht, auf eine Erhöhung ihres kargen Verdienstes bedacht zu sein. Die andauernden Stoßprügel auf den Magen machen schließlich auch sonst gebuldige Lohnsklaven rebellisch, weil sie ihnen den ungeheuren Abstand zwischen dem reichen Ertrag ihrer Arbeit und den Bettelpennigen ihrer Entlohnung zum Bewußtsein bringen. Die Tatsache von ihrer Ausbeutung durch die Kapitalisten tritt greifbar, unverhüllt vor sie hin, damit aber auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses und des Kampfes. Mehr als je ist die Situation der Ausfaat sozialistischer Ideen unter den Massen günstig. Das Erstarken der gewerkschaftlichen und politischen Kampforganisationen des Proletariats, ihr zielbewußter Ansturm gegen die kapitalistische Ausbeutung und Klassenherrschaft muß bezeugen, daß diese Situation genützt wird. Arbeit, Kampf ist die Lösung der Stunde. #

Abbruch des Streiks in der Berliner Damenkonfektion. Das „Berliner Tageblatt“ brachte in seiner Abendausgabe vom Montag, den 11. Dezember eine Meldung unter der Überschrift: „Friede in der Berliner Damenkonfektion“. Darin wurde mitgeteilt, in einer stürmisch verlaufenen Versammlung der Schneidermeister und Werkstättenbesitzer sei mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden, den Streik zu beenden. Eine Kommission solle sofort mit dem Fabrikantenverband in Verbindung treten, um auf der Grundlage festgesetzter Mindestlöhne eine Einigung zu erzielen. An der Versammlung sollten annähernd tausend Personen teilgenommen haben. Am anderen Tage aber mußte das „Berliner Tageblatt“ seine Mitteilung widerrufen. Es hatte sich nicht um eine Versammlung und um einen Beschluß streikender, sondern arbeitswilliger Meister gehandelt. Diese hatten den Streik einfach für beendet erklärt, und sie waren willens, mit den Fabrikanten zu verhandeln. Zu der Verhandlung mit den Fabrikanten wurden dann auch noch die streikenden Meister eingeladen. Die streikenden Meister gingen aber nicht hin, sondern berieten mit den Vertretern des Schneiderverbandes und des Gewerksvereins christlicher Heimarbeiterinnen darüber, was weiter zu geschehen habe. Diese Beratung nun führte zu dem Entschluß, den Kampf abzubreaken, um ihn zu geeigneterer Zeit wieder aufzunehmen. Die irreführende Meldung des „Berliner Tageblatts“ hatte immerhin Vertwirrung in die Reihen der Zwischenmeister getragen; die Zahl der arbeitswilligen Meister war zu groß geworden und es bestand die Gefahr, daß der Streik langsam abbröckeln würde. Mittlerweile hatten die Konfektionäre mit den arbeitswilligen Meistern einen Mindestlohntarif vereinbart. Doch enthält dieser keine Verbesserungen. So sollen für einen Mantel von 185 Zentimeter Länge nur 1,25 Mk. gezahlt werden, für ein Kostüm 8 Mk., für einen Kleiderrock 50 Pf. Von einer Aufbesserung der Löhne der Heimarbeiterinnen war nicht mehr die Rede. Diese Vereinbarungen lehnen die Streikenden rundweg ab. Am Mittwoch, den 13. Dezember wurde in einer gemeinschaftlichen Versammlung der streikenden Meister, Arbeiter und Arbeiterinnen über die Lage Bericht erstattet. Nach eingehender Erörterung wurde folgender Beschluß einstimmig gefaßt: „Die heute den 13. Dezember versammelten Streikenden beschließen nach Kenntnisnahme des Berichts ihrer Vertreter: Der Streik wird ergebnislos abgebrochen, die Arbeit wird, unter Ablehnung aller von den Fabrikanten gemachten Vorschläge, zu den alten Bedingungen aufgenommen. Etwasige Vereinbarungen der Fabrikanten mit dem gelben Verband werden die Streikenden nicht beachten, da die Rechte der Heimarbeiterinnen in keiner Weise zu wahren versucht wurden. Die Versammelten stellen fest, daß es den Fabrikanten gelungen ist, sich den Ruhm zu erwerben, in Gemeinschaft mit den Ausbeutern des Glends in der Heimarbeit, den anständigen Teil der Meister, der den Heimarbeiterinnen zu ihrem Rechte verhelfen wollte, und die Heimarbeiterinnen selbst im Kampfe niederzuringen. Diesen Sieg haben die Fabrikanten nicht mit ehrlichen Mitteln errungen, sie haben die Wahrheit auf den Kopf gestellt, weil die Vertreter der Streikenden ehrlich deren Interessen vertreten haben. Einmütig erklären die Versammelten, in der Berliner Damenkonfektion wird erst dann Frieden eintreten, wenn ein Tarif eingeführt ist. Die Versammelten verpflichten sich, alle Maßnahmen, welche zu diesem Zwecke unternommen werden, tatkräftig zu unterstützen. Alle in dieser Hinsicht erforderlichen Schritte sollen von der bestehenden vereinigten Kommission unternommen werden.“ Dieser Beschluß atmet keines-

wegs den Geist der Niedergeschlagenheit, und in der Tat war auch die Stimmung der Versammelten durchaus nicht gedrückt, vielmehr äußerst zuversichtlich. Saal und Galerie der „Neuen Philharmonie“ waren überfüllt, und Hunderte mußten umkehren, weil sie keinen Platz fanden. Alle Redner wiesen darauf hin, wie dringend notwendig der Anschluß an die Organisationen ist; auch die Meister forderien die Arbeiterinnen auf, sich zu organisieren, damit auch den arbeitswilligen Meistern, die mit den Fabrikanten gemeinsame Sache machen, im Kampfe die Arbeitskräfte entzogen werden können. Dann wird der nächste, in der Hochsaison zu unternehmende Angriff siegreich durchgeführt werden können. Denn aufgehoben ist nicht aufgehoben. S. Stühmer.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hielt in den letzten Wochen Konferenzen für zwei seiner Branchen ab, wo deren besonderen Berufsinteressen behandelt wurden. Es waren dies — wie wir schon kurz verzeichnet haben — die Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen, die dem Verband zu Ende 1910 bereits 11545 Mitglieder stellten, und die Stellmacher mit damals 4773 Mitgliedern. Diese letzteren sind heute nur zum geringsten Teile noch in den eigentlichen handwerklichen Stellmachereien beschäftigt, denn in diesen gibt es vielfach mehr Meister als Gesellen. Der größere Teil der deutschen Stellmacher arbeitet heute in den Wagen-, Automobil- und Waggonfabriken, andere wieder in den Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen, neuerdings auch in solchen für Luftfahrzeuge. Von diesen Betrieben haben insbesondere die Automobilfabriken in den letzten Jahren einen riesigen Aufschwung genommen. Unter der kräftigen Weisheit des Holzarbeiterverbandes waren die Stellmacher in der Lage, die für sie im allgemeinen günstige Entwicklung vorteilhaft auszunützen, so daß sie an vielen Orten bereits heute in ihren Arbeitsbedingungen den Tischlern gleichkommen sind. Sie haben allein in der Spame von 1893 bis 1906 ihre wöchentliche Arbeitszeit von durchschnittlich 63,1 auf 58,6 Stunden verkürzt und dabei den Wochenverdienst von damals 18,43 Mk. auf 26,95 Mk. erhöht. In der späteren Zeit haben sie noch größere Erfolge errungen.

Die Konferenz, die am 25. und 26. November in Berlin stattfand, wünschte eine baldige statistische Aufnahme für alle in Stellmacherbetrieben beschäftigten Arbeiter. Eine solche würde den Nutzen der Organisation hell beleuchten. Aus 51 Orten waren Delegierte erschienen. Voll interessanter Momente waren die Schilderungen der örtlichen Arbeitsverhältnisse. Trotzdem die Arbeit, besonders in den Waggonfabriken, vielfach eine gewisse Ähnlichkeit aufweist, kommen recht unterschiedliche Löhne vor. Von einer Fabrik wurde berichtet, daß sie noch Leute mit 28 Pf. Stundenlohn einstellt. Die Entlohnungsart ist in den Großbetrieben zumeist der Gruppenafford, wobei oft der einzelne gar keinen Nachweis über seinen wirklichen Verdienstanteil erhält. Aus anderen Orten wiederum kommen Klagen über häufige Erkrankungen infolge Verwendung von Bleiweißfarben. In der Waggonbauindustrie ist die Arbeitszeit meist noch länger als im Automobilbau oder in den großstädtischen Stellmachereien, wo schon häufig der Tarifvertrag die Arbeitsverhältnisse bestimmt. Die ländlichen Stellmachereien dagegen, die einen großen Teil des Nachwuchses an Arbeitskräften stellen, sind in dieser Hinsicht noch fast ganz unregelt. Es kam denn auch auf der Konferenz drastisch zum Ausdruck, daß allgemein die Arbeitsverhältnisse dort am fortgeschrittensten sind, wo die größte Zahl der Berufsangehörigen dem Verband angehört und ihre Interessen mit Entschiedenheit vertritt. Konnten doch solche Orte Stundenlöhne bis zu 80 Pf. vermelden! Die Verhandlungen der Tagung gipfelten denn auch in der Vespredung der Agitationsmöglichkeiten und Klagen aus in dem Aufruf zu erneuter kräftiger Verbearbeitung für die Organisation.

Anders liegen die Verhältnisse bei den Maschinenarbeitern. Hier arbeiten die Branchenangehörigen zumeist Hand in Hand mit den Tischlern und stehen unter den gleichen Tarifverträgen wie diese. Die Scheidung in eine besondere Berufsgruppe vollzieht sich erst neuerdings mehr und mehr. In Nord- und Westdeutschland rekrutieren sich die Maschinenarbeiter noch heute in der Mehrzahl aus den Tischlern. Daher steht der Lohn in diesen Gebieten für diese Maschinenarbeiter um 3 bis 5 Pf. pro Stunde höher als bei den Tischlern „an der Bank“. Das ist in der gefährlichen Arbeit der ersteren begründet. Entgegengesetzt liegen die Dinge zumeist in Süd- und Mitteldeutschland, wo der Ertrag aus den ungelerten Arbeitern entnommen wird; obgleich dort der Arbeiter, der alle Holzbearbeitungsmaschinen beherrscht, nicht minder leistungsfähig sein muß. Da es infolge dieser Sachlage besondere organisatorische Fragen für die Maschinenarbeiter nicht gibt, so konnte sich die Konferenz voll der für sie wichtigsten Frage widmen: dem Unfallschutz. Welche Bedeutung die Bekämpfung der Berufsgefahren für die Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen hat, erhellt

aus der Tatsache, daß bei den fünf deutschen Holzberufsgenossenschaften in den drei Jahren 1907 bis 1909 allein 59852 Unglücksfälle gemeldet wurden, bei denen 14959 Verlegten eine Rente bewilligt werden mußte, weil sie dauernd geschädigt waren. 505 Personen verunglückten in dieser Zeit tödlich. Eine Statistik der Berliner Maschinenarbeiter ergab sogar, daß innerhalb eines einzigen Jahres über die Hälfte der Berufsangehörigen irgendwo an der Maschine zu Schaden gekommen war.

Die Konferenz tagte vom 12. bis 14. November in München, und war von 46 Orten besetzt. Es wohnten ihr Vertreter süddeutscher Berufsvereinigungen und Gewerbeinspektionen bei, und neben den Delegierten aus den Holzbearbeitungsfabriken nahmen an ihr auch einige aus den großen Schneidmühlen in Remel und Lilsit und aus den Sägewerken des Bayerischen Waldes teil. In diesen letzteren Betrieben herrschen noch mehrfach Arbeitszeiten von täglich 14 bis 18 Stunden, wobei die Übermüdung der Leute die Unfallgefahr beträchtlich erhöht. Zum andern fehlen an sehr vielen sonstigen Holzbearbeitungsmaschinen die geeigneten Schutzvorrichtungen und die Staubabsaugung oder Alfordarbeit treibt zu gefährbringender Hast. In den bayerischen Sägewerken werden selbst Frauen an ungeschützten Maschinen beschäftigt, ja man verwendet sie sogar zum Transport der schweren Baumstämme, wobei Unfälle häufig sind.

Die Forderungen der Maschinenarbeiter waren unter anderem folgende: Vermehrung der Aufsichtsorgane bei den Gewerbeinspektionen und Berufsvereinigungen, um eine gründliche und wiederholte Revision aller unterstellten Betriebe zu ermöglichen. Anstellung von Gewerbebeamten und Betriebskontrolleuren aus den Kreisen der Arbeiter.

Festsetzung eines Maximalarbeitstages von 10 Stunden für alle Betriebe der Holzindustrie und Herabsetzung desselben innerhalb gesetzlich zu bestimmender Frist auf täglich 8 Stunden.

Gänzlich Verbot der Frauenarbeit an Holzbearbeitungsmaschinen, in Sägewerken und Holzlagerplätzen. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge unter 17 Jahren an den Maschinen. Einführung von Pflichtunterrichtskursen für alle Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen über Unfallverhütung an den Maschinen und Anwendung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen.

Die Arbeiter sind durch diese Behandlung der Fragen erneut auf die Gefahren ihres Berufes hingewiesen worden; an ihnen liegt es jetzt, durch Stärkung ihrer Organisation wie durch Beteiligung am politischen Kampf diese ihre Forderungen durchzusetzen. Mögen die Frauen erkennen, daß auch ihnen wie den Männern die Organisation bitter not tut, und daß der Kampf für bessere Existenzbedingungen gemeinsame Pflicht ist.

Kämpfe in der Juteindustrie. Der Textilarbeiterverband hat im Laufe dieses Jahres auch für die elend gestellte Arbeiterschaft der Juteindustrie um bessere Arbeitsbedingungen gekämpft. Aber die Streiks und Aussperrungen der Jutearbeiter in Otritz, Hemeilingen und Bremen ist wiederholt an dieser Stelle berichtet worden. In Bremen ist der Streik heute noch nicht beendet. Auch die Jutearbeiterchaft von Schiffel bei Hamburg hat in einem längeren Kampfe schließlich Errungenschaften davongetragen. Sie trat im Juni in den Streik, gezwungen von der gesteigerten Not, die noch verschärft worden war durch ein Sinken des Lohnes infolge schlechten Arbeitsmaterials. Nach siebenwöchiger Dauer fand der Kampf seinen Abschluß durch einen Vergleich, der von den Unternehmern und den Arbeitern, dem Zentralvorstand, dem Gauleiter und der örtlichen Leitung des Textilarbeiterverbandes sowie dem Gemeindevorsteher unterschrieben wurde. Die Direktion des betreffenden Betriebs hatte sich bis zuletzt geweigert, mit der Arbeiterorganisation zu verhandeln. Schon die erzwungene Anerkennung der Gewerkschaft allein ist ein Erfolg. Der Kampf brachte außerdem für 1450 Personen eine durchschnittliche Erhöhung des Wochenverdienstes von 52 bis 80 Pf. Die Pünktlichkeits- und Weihnachtsprämie, durch die bisher versucht worden war, die Arbeiterschaft gefügig und anspruchlos zu erhalten, wird jetzt wöchentlich in Gestalt höheren Lohnes gezahlt. Die Lohnbücher der Spinnerinnen werden nun alle vier Wochen von den Arbeiterinnen gemeinschaftlich mit der Direktion zu dem Zweck revidiert, die Ursachen einer eventuellen Lohnreduzierung festzustellen. Für die Schlichter ist ein neuer Lohnarif in Aussicht gestellt worden. Der Ausstand hätte ein noch günstigeres Ergebnis gehabt und würde vor allem nicht so lange gedauert haben, wenn die in Betracht kommende Arbeiterschaft in größerer Zahl organisiert gewesen wäre. Von etwa 1500 Arbeitern und Arbeiterinnen gehörten rund 850 dem Textilarbeiterverband nicht an. Die Unorganisierten sind zum großen Teil Ausländer, die durch ihre Rückständigkeit sich als willenlose Ausbeutungsobjekte erweisen. Alles Hügen und Duden

hat sie nicht vor der Arbeitslosigkeit bewahrt. Als die Spinnerinnen in den Streik traten, weil ihre Lohnforderungen nicht bewilligt wurden, schloß die Direktion den Betrieb ganz. Der Textilarbeiterverband macht jetzt in Schiffel gute Fortschritte. Vielen Arbeitern und Arbeiterinnen, die der Organisation bisher noch fernstanden, ist wohl im Laufe des Ausstandes das Verständnis für die Notwendigkeit ihrer Vereinigung gekommen, wenn auch nach dem alten Wort: Wer nicht hören will, muß fühlen. Sie schließen sich jetzt dem Verband in der richtigen Erkenntnis an, daß sie nur mit seiner Hilfe Verschlechterungen ihrer wirtschaftlichen Lage abwehren und Verbesserungen erreichen können.

Genossenschaftliche Rundschau.

Lebhafte Konsumvereinsdebatten gab es wieder einmal in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags. Den Anlaß dazu boten die allgemeine Vorberatung über den Etat und sozialdemokratische und freisinnige Feuerungsinterpellationen. Neues gegen die Konsumvereine können die Herren Mittelstandsreiter, die hauptsächlich in den Reihen der Konservativen sitzen, natürlich nicht mehr vorbringen. Um so mehr muß man die Ausdauer bewundern, mit der sie immer wieder die zum Überdruß bekannten „Gründe“ gegen die Arbeitergenossenschaften vortragen. Neu ist auch keineswegs, was sich auch in diesem Falle wieder zeigte, daß allein die sozialdemokratischen Vertreter die Sache der Konsumvereine mit aller Kraft verfechten. Die Haltung der Nationalliberalen im sächsischen Landtag ist zwar nicht gerade ausgesprochen Konsumvereinsfeindlich; es fällt ihnen jedoch nicht ein, etwas für diese Genossenschaften zu sagen. Ihr ganzes Verhalten ist zweideutig. Dasselbe muß von den Fortschrittlichen gesagt werden, obwohl gerade in ihren Kreisen früher der Genossenschaftsgedanke mit Nachdruck verfochten worden ist. Beide Parteien spekulieren so wie die Konservativen bei politischen Wahlen auf die Stimmen des gewerblichen Mittelstandes, was ihre Haltung zur Genüge erklärt. Es konnte den Konservativen von sozialdemokratischer Seite entgegengehalten werden, daß ja auch der Mund der Landwirte das Genossenschaftswesen für seine Mitglieder nutzbar macht, und daß er dadurch selbstverständlich dieselbe Mittelstandsvernichtung treibt, die man den Konsumvereinen zum Vorwurf macht. Hiemlich verlegen aber werden die Mittelstandskämpfer, wenn ihnen an der Hand von Tatsachen nachgewiesen wird, wie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen im allgemeinen musterhaft sind und wie nützlich gerade in der Zeit der gegenwärtigen Feuerung diese Genossenschaften für ihre Mitglieder sind. Außerhalb des Kreises der wirtschaftlich unmittelbar betroffenen Konsumvereinsgegner macht das Gejammer über die Konsumvereine wohl kaum noch Eindruck. Die Regierungsvertreter verhielten sich diesen Klagen gegenüber ebenfalls ganz untätig.

Die Stellung des Hansabundes zu den Konsumvereinen war bisher insofern unklar, als einzelne seiner Mitglieder darüber sehr verschiedene Auffassungen bekundeten. Neben ausgesprochen feindlichen Gesinnungen wurden auch freundliche laut. Nunmehr hat aber Anfang November der Hansabund einen Mittelstandstag abgehalten, dessen Verlauf keinen Zweifel mehr darüber läßt, daß er an der gefährlichen Spitze der Mittelstandsreiter wider die Konsumvereine teilnimmt. Ja, die Verhandlungen auf diesem „Tage“ erwecken den Anschein, als sei gerade der Zweck der Tagung gewesen, diese Feindschaft zu bekunden. So verneinte der Berichterstatter über „Konsumvereine und Beamtenkonsumvereine“ für die größeren Städte jedes Bedürfnis für solche Genossenschaften. Er erdreistete sich, nach einem Bericht des Organs des Hansabundes, zu sagen, daß die Konsumvereine „zu direkten Schädlingen sich ausgewachsen“ hätten und machte dergleichen Bemerkungen mehr. Wenn er aber davon sprach, daß den Konsumvereinen das sogenannte Lieferantengeschäft unterjagt werden müsse, so vermüht man allerdings das Mittel, wie das gemacht und durchgeführt werden soll. Mit diesem Wunsche werden übrigens offene Türen eingerannt, denn es liegt in der Entwicklung der Konsumvereine selbst, daß das Lieferantengeschäft immer mehr ausgeschaltet wird, je enger das Verhältnis zur Großverkaufsgesellschaft wird und je mehr die Eigenproduktion Platz greift. Nach alledem fällt eigentlich kaum weiter auf, daß auch die Ausdehnung der Umsatzsteuer auf alle Konsumvereine, also auch auf die der Beamten, Werke usw., gefordert wurde. Noch schöner kam es aber in der Debatte. Die Hansabundler schweigten förmlich in dem Gedanken, die Konsumvereine zu unterdrücken. So verlangte zum Beispiel ein Redner, daß die Firmen boykottiert werden sollen, die an Konsumvereine liefern. Sehr auffällig war

die Haltung des Genossenschaftsanwalts Dr. Hans Krüger, der an der Tagung teilnahm, aber nicht Gelegenheit nahm, diesen Bestrebungen tatkräftig entgegenzutreten, wie das seine Pflicht gewesen wäre. Statt dessen schimpfte er ein wenig auf die Sozialdemokratie, die er in der üblichen Weise mit den Konsumvereinen in Verbindung brachte. Daß er es tadelte, wenn die Gemeinden den Verkauf von Lebensmitteln in eigenen Betrieb übernehmen, um die Teuerung für die armen Leute etwas zu mildern, steht seinem schmählichen Verhalten die Krone auf.

Der Verein für Sozialpolitik will sich in nächster Zeit gleichfalls eingehender mit der Konsumvereinsfrage beschäftigen. Herr Professor Wilbrand-Lüdingen hat einen Antrag gestellt, in dem unter anderem gesagt wird: „Der Verein für Sozialpolitik wolle die Organisation des Konsums (Konsumgenossenschaftsbewegung) zum Gegenstand seiner nächsten Untersuchungen machen und auf die Tagesordnung seiner nächsten Generalversammlung setzen... Dem Antrag liegt die Überzeugung zugrunde, daß es sich dabei um den Eckstein der Sozialpolitik handelt. Durchgeführt und ausgebreitet, wie es nach den vorliegenden Ansätzen und inneren Möglichkeiten für die Zukunft denkbar ist, würde die Organisation des Konsums die heute nur eingeschränkt anwendbare Sozialpolitik auf ein sicheres Fundament stellen, ja deren Ziele größtenteils selbst erreichen, namentlich im Zusammenwirken mit ihrer Ergänzung, den Berufsvereinen. Neben dieser, allerdings nur allmählich realisierbaren sozialpolitischen Bedeutung der Sache steht ihre volkswirtschaftliche und internationale... Der Zeitpunkt für das Eingreifen der Wissenschaft ist gerade jetzt günstig. Das Selbstinteresse aller Konsumanten mittleren und geringen Einkommens ist in dieser Zeit der Teuerung aufs lebhafteste angeregt; es kann gerade jetzt um so wirksamer einer zugleich sozialpolitisch grundlegenden Organisation des Konsums vorgeplant werden.“ Die Herren Professoren stehen wieder einmal recht spät auf, wenn sie erst jetzt zu solcher Erkenntnis kommen.

Die österreichische Regierung hat dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Genossenschaftsgesetzes vorgelegt. Dieser gestattet zwar die bisher unmöglich gewesene Umwandlung der Genossenschaften mit unbeschränkter in solche mit beschränkter Haftung, die Zusammensetzung der Generalversammlungen durch Delegierte und schützt die Mitglieder im Falle des Konkurses vor Vermögenskonfiskation durch die Gläubiger der Genossenschaft. Aber auf der anderen Seite ist er geeignet, den Konsumvereinen schweren Schaden zuzufügen. Es soll wenigstens ein Zehntel des Geschäftsanteils sofort beim Beitritt eingezahlt werden, den Konsumvereinen wird die Errichtung von Zweigniederlassungen verboten und Fabriken sollen sie nur in örtlicher Nähe ihres Sitzes errichten dürfen. An Nichtmitglieder darf nicht mehr verkauft werden, sonst tritt Bestrafung ein, und das Sparcainlagengeschäft der Konsumvereine wird derartig eingeschränkt, daß es geradezu ein Zutreiben der Sparrer an die privat- oder staatskapitalistischen Sparkassen bedeutet. Endlich soll noch jeder einzelne Genossenschafter das Recht erhalten, auf Wichtigkeit der Generalversammlungsbeschlüsse zu klagen und die (gelben nationalen) Minderheiten sollen durch eine Vertretung im Vorstand die Möglichkeit zum Stäntern und zur Schädigung der genossenschaftlichen Aktionen erhalten. Bei der agrarisch-zünftlerisch-arbeiterfeindlichen Mehrheit des Parlamentes bedeutet die Einbringung dieses Entwurfes einen schweren Angriff auf die Konsumgenossenschaften. Unsere Genossen haben eine lebhafteste Protestbewegung gegen dieses Ungeheuer eines Genossenschaftsgesetzes eingeleitet.

Dem Verband schweizerischer Konsumvereine gehörten Ende 1910 328 Vereine an. Die berichtenden 318 Konsumvereine zählten zusammen 212 322 Mitglieder, und zwar gab es 5 Vereine (Basel, Zürich, Genf, Luzern und Bern), die über 10 000 Mitglieder stark waren. Der Bericht stellt dieser Mitgliederzahl die Zahl der im Wirtschaftsgebiet der Vereine befindlichen Haushaltungen gegenüber und kommt zu dem Schlusse, daß 39 Prozent aller Haushaltungen konsumgenossenschaftlich organisiert sind. Die dem Verband nicht angeschlossenen wilden Vereine, deren Zahl nur gering ist, sind in dieser Berechnung nicht berücksichtigt. Der Gesamtumsatz der Vereine betrug im Berichtsjahr 100 212 999 Franken; 33,8 Prozent der umgesetzten Waren wurden durch die Zentralfstelle des Verbandes bezogen. 15 Verbandsvereine hatten einen Umsatz von mehr als 1 Million Franken. Der Durchschnittsumsatz pro Mitglied bezifferte sich auf 472 Franken. Der Nettoüberschuss stellte sich auf 8 500 172 Franken, gleich 8 1/2 Prozent des Umsatzes. Eigenproduktion trieben 83 Vereine. Der Wert der von ihnen hergestellten Waren bezifferte sich auf 14 293 768

Franken, von denen 8 029 666 Franken auf Vädereiprodukte kamen.

Am 25. März 1910 wurde in Frankreich ein Gesetz publiziert, das die Errichtung neuer Konsumanstalten (nicht Genossenschaften) verbietet und den bestehenden Konsumanstalten eine Frist von zwei Jahren setzt, binnen deren sie sich auflösen müssen. Unsere Krämmer gehen mit diesem Gesetz seit geraumer Zeit hausieren. Sie reden nicht von Konsumanstalten, sondern von Werkkonsumvereinen, und tun, als ob der Beweggrund für die Schaffung des Gesetzes lediglich der Wunsch gewesen sei, dem Mittelstand eine lästige Konkurrenz vom Halse zu schaffen. Bereits 1890 wurde von einem Deputierten der Kammer ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der eine Verringerung der Verhältnisse, die bei den Konsumanstalten herrschten, zum Ziele hatte. Der Gesetzesentwurf forderte, daß zum Selbstkostenpreis verkauft würde und daß die Überschüsse unter die Arbeiter des betreffenden Werkes nach Maßgabe ihrer Käufe verteilt würden. Bei einer Beratung eines Genossenschaftsgesetzes im Jahre 1894 wurde dann von Basel ein Gesetzesentwurf vorgelegt, die alle Konsumanstalten verbot. Diese Bestimmung wurde nicht angenommen, wohl aber beschloß die Kammer, die Eisenbahnkonsumanstalten zur Umwandlung in Konsumgenossenschaften zu zwingen. Das Gesetz wurde allerdings nie endgültig verabschiedet. 1899 stellte ein Vorkämpfer der Kleinhändler den Antrag, die Konsumgenossenschaften zu verbieten, nachdem man bereits jahrelang unter Gesichtspunkten des Arbeiterschutzes diese Frage erörtert hatte. Wie sehr dieser Gesichtspunkt bei der Regelung der ganzen Angelegenheit maßgebend war, zeigt der Umstand, daß der Senat erst eine Umfrage über die Konsumanstalten herbeiführte und daß bei dieser Umfrage die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter gefragt wurden. Noch deutlicher zeigt es jedoch eine Ausnahmebestimmung, die im Gesetz vorgesehen ist. Die Konsumanstalten der Eisenbahnen können nämlich weiterbestehen. Der Grund dafür ist, daß sich bei den Konsumanstalten der Eisenbahnen nicht die Mißstände gezeigt haben, die sich bei den sonstigen Konsumanstalten ausgebildet hatten. Man hat also in Frankreich in allererster Linie unter dem Gesichtspunkt, den Arbeitgebern es fernerehin unmöglich zu machen, aus dem Konsum ihrer Arbeiter Nutzen zu ziehen und diese durch Vorgewirtschaft von sich abhängig zu machen, das Verbot der Konsumanstalten ausgesprochen. Konsumgenossenschaften, die ihre Mitgliedschaft auf die Arbeiter eines bestimmten Werkes beschränken, können weiterbestehen und auch weiter gegründet werden, wenn auch freilich kein Genossenschafter derartige Gründungen gutheißen wird.

Die dem Zentralverband angehörenden Konsumvereine Österreichs rühren sich lebhaft gegen die auch dort herrschenden Bestrebungen auf Unterbindung der Konsumvereinsbewegung. Wie der „Konsumverein“ berichtet, hat unter anderem der Vorstand des Zentralverbandes vor kurzem beschlossen, der Regierung sowie dem Abgeordnetenhaus eine Denkschrift zu überreichen, in der auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, der genossenschaftlichen Selbsthilfe einen größeren Spielraum einzuräumen. Insbesondere gelangte die Überzeugung zum Ausdruck, daß — da die Konsumvereine ein wirksames Gegengewicht gegen die Preistreiberien der Kartelle und ähnlicher Kapitalistenorganisationen sind — die Konsumgenossenschaften von allen steuer- und gewerberechtlichen Beschränkungen befreit werden müssen. Jetzt dagegen werden die Konsumvereine auf das schwerste geschädigt und in ihrer Entwicklung gehemmt durch die Steuer- und Gewerbebehörden, die unter dem Druck der Zwischenhändler und Mittelstandspolitiker stehen. Soll den Schäden des Zwischenhandels und der Kartelle begegnet werden, sei vollständige Assoziationsfreiheit auch für die besitzlosen Volksklassen unbedingt erforderlich. An eine Ausschaltung des so schädlichen Zwischenhandels ist nur zu denken, wenn alle korrumpierenden Subventionen und Privilegien beseitigt werden, die heute den kapitalistischen Organisationen verliehen sind, und wenn unverkürzte Rechtsgleichheit auf genossenschaftlichem Gebiet gewährt wird. Um die Organisation des Absatzes und damit auch die Eigenproduktion für den Bedarf zu erleichtern, ward eine Reihe von Forderungen gestellt und begründet. Gleichzeitig erfuhr die herrschende Wirtschaftspolitik, insbesondere der auf den agrarischen Hochschulzöllen beruhende Lebensmittelwucher, eine herbe Kritik. Die Konsumvereine werden vom Zentralverband eingeladen, die Forderungen der Denkschrift in Versammlungen und bei sonstigen Gelegenheiten zu unterstützen. Ferner soll ihnen empfohlen werden, noch im Laufe dieses Jahres behufs Werbung von Mitgliedern besondere Aktionen einzuleiten, eine sogenannte genossenschaftliche Woche zu veranstalten und überhaupt die Propaganda im Hinblick auf die Teuerung intensiver zu betreiben.

H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Von der Dienstbotenklaverei. Ein Dienstmädchen, das von ihren drei früheren Herrschaften für zusammen fünfjähriges Fronden die besten Zeugnisse erhielt, lief nach elfmonatigem Dienst beim Telegraphendirektor Frenzel in Berlin davon. Es geschah jedenfalls nicht ohne Grund. In das Dienstbuch wurde nun zu den drei guten Zeugnissen folgendes Attest eingetragen: „In den ersten drei Monaten brauchbar, da willig und fleißig, wurde allmählich immer schlechter und hat uns durch ihren Trotz, ihre Vergeßlichkeit, Verlogenheit und Naschhaftigkeit vielen Schaden und Arger bereitet. Sie ist nur unseres Töchterchens wegen und weil wir ständig hofften, daß sie sich bessern würde, so lange behalten worden. Beim Wieten hat sie fälschlich angegeben, daß sie kochen und schneiden könne, und ist ohne Grund heimlich aus dem Dienste entlaufen.“

Das Zeugnis wurde am besten dadurch widerlegt, daß das Mädchen Stellung bei einer der früheren Herrschaften bekam. Die Beschädigte ging nun gegen den Telegraphendirektor vor, um sich außer dem rückständigen Lohn auch ein objektives Zeugnis zu sichern. Der Herr Direktor beauftragte einen Rechtsanwalt mit der Antwort, die also lautete:

„Da Sie rechtswidrig den Dienst verlassen haben, so haben Sie nach § 168 der Gesindeordnung Herrn Frenzel die dadurch entstandenen Mehrkosten zu erstatten. Diese sind folgende:

a. Täglicher Lohn für Ausschüssen	6,25 Mk.
b. Waschen und Bügeln der zur Reise erforderlichen Wäsche	9,15 „
c. Mehrkosten für die Verköstigung außerhalb der Wohnung am 1. Tage	4,— „
Hierzu treten ferner:	
d. Vorschuß	1,— „
e. Versicherungsmarken	0,48 „
f. für Ausbessern der durch grobe Fahrlässigkeit beschädigten Möbel	3,— „

Insgesamt 23,88 Mk.

Den Rest Ihres danach verbleibenden Lohnes wird Herr Frenzel Ihnen alsbald zusenden.“

Der nunmehr vom Dienstmädchen angerufene Polizeipräsident verwies die Klägerin auf den Prozeßweg. Wäre das Mädchen stellenlos, wie könnte es den Rechtsweg beschreiten? Woher das Geld nehmen für einen Rechtsbeistand im Kampfe gegen einen Telegraphendirektor, der alle drei Instanzen des „Rechtsweges“ aushalten kann und durch den versendenden Eintrag in das Dienstbuch die Voraussetzung schuf, die Klägerin verdienstlos zu machen. Der Fall beleuchtet die Rechtlosigkeit, die noch im zwanzigsten Jahrhundert im herrlichen Deutschen Reiche für die Dienenden unter dem Titel besteht: „Gesinde-Ordnung.“ mg.

Ein Erfolg des Nürnberger Hausangestelltenverbandes. Der Hausmeister des Nürnberger Rathauses scheute sich nicht, seinen Dienstmädchen die Trinkgelder abzuverlangen, die sie von Fremden für die Führung durch das Rathaus erhielten. Er nahm keine Rücksicht darauf, daß die Mädchen doppelt angestrengt sind, wenn sie nicht nur die Hausarbeit zu erledigen haben, sondern auch noch Fremdenführerinnen sein müssen, und daß als solchen ihnen besondere Ausgaben für Kleidung erwachsen. Die Dienstmädchen, die in unserem Verband organisiert sind, verlangten nunmehr die Freigabe von zwei Stunden jeden Tag und Nichtabforderung des Trinkgeldes. Beide Forderungen wurden bewilligt, nachdem die Unterzeichneter als Bevollmächtigte der Ortsgruppe Nürnberg des Verbandes der Hausangestellten mit dem Rathausmeister verhandelt hatte. Die Mädchen hatten bisher an den Hausmeister monatlich durchschnittlich 5 Mk. abgeliefert, die sie nun behalten können, was einer Lohnzulage gleichkommt. Der Fall beweist wiederum, daß die Arbeitgeber über Verbesserungen der Arbeitsbedingungen mit sich reden lassen müssen, wenn die Hausangestellten nur organisiert sind. Der Verband der Hausangestellten schreitet zwar vorwärts, aber noch stehen unendlich viele abseits. Diese durch rastlose Arbeit für uns zu gewinnen, ist unsere Aufgabe im neuen Jahre, auf daß die Organisation immer wirksamer für die Rechte und Forderungen ihrer Mitglieder eintreten kann.

Helene Grünberg.

Frauenstimmrecht.

Das kirchliche Frauenstimmrecht war Gegenstand der Verhandlungen auf der letzten Generalsynode der Provinz Brandenburg. Von kirchlich-liberaler Seite war bei dieser der Antrag eingereicht worden, sie möge einen Gesetzesentwurf einbringen, der die Frau rechtlich in das evangelische Gemeindeleben einordnet und ihr

das aktive und passive Wahlrecht zuerkennt. Die Beratungskommission der Generalsynode beantragte Übergang zur Tagesordnung, weil die Zuteilung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen zu allerhand Konflikten im kirchlichen Leben führen würde, ein praktischer Gewinn kaum zu erwarten sei, und weil die Durchführung des Antrags mit kolossalen Schwierigkeiten zu kämpfen haben würde. Auch die übrigen bekannten „Gründe“ gegen das Frauenwahlrecht kamen aufs Tapet, darunter das Schauerbild von den „Familienzwistigkeiten“. Der liberale Antrag fiel; die Generalsynode begnügte sich damit, den kirchlich gesinnten Frauen ein mageres Wassersüpplein zu reichen. Sie nahm einen Antrag ihres Mitglieds, Professor Dr. v. Soden an, nach dem die Kirchen-gemeinde- und Synodalordnung so ergänzt werden soll, daß die rechtliche Stellung der Frau innerhalb der kirchlichen Gemeindeorgane eine Regelung erfährt.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Eine sozialistische Zeitschrift für die Aufklärung der englischen Frauen ist in London unter dem Titel The Link (Das Glied) diesen Herbst gegründet worden. Genossin Margarethe Hilds, die Tochter einer der ersten und verdienstvollsten sozialistischen Gewerkschafterinnen in England, hat mehr als zwei Jahre mit nie erlahmender Begeisterung daran gearbeitet, die finanziellen Mittel für dieses Organ zusammenzubringen und einen Stab von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sammeln, die alle Richtungen der sozialistischen Bewegung in England vertreten. So hofft sie durch The Link nicht nur die Frauen zum Verständnis des Sozialismus zu erziehen, sondern auch der Einigung aller sozialistischen Fraktionen vorzuarbeiten. Das Blatt soll das erste Glied einer Kette sein, die allmählich alle verbindet, die die Menschheitslösung durch den Sozialismus erstreben. Der leicht verständliche Inhalt in schlichter Form will vor allem auch die Herzen der proletarischen Hausfrauen für den Sozialismus gewinnen. Wir wünschen zum Willkommen, daß The Link sich bald den Verbreitungskreis erobert, den es verdient.

Ein sozialistisches Organ für die italienischen Proletarierinnen wird vom 1. Januar 1912 an in Mailand erscheinen. Die Redaktion ruht in der Hand unserer treuen und tapferen Genossin Kulischoff. Trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten ist sie seit zwei Jahrzehnten nicht müde geworden, immer und immer aufs neue mit Energie zu praktischer Betätigung der Auffassung zu rufen, daß die Frau im Kampfe für ihr volles Menschentum nur mit dem Proletariat durch den Sozialismus siegen kann, daß aber auch das Proletariat nur seine Befreiung zu erobern vermag, wenn seine Frauen seine Schlachten zielklar und begeistert mit-schlagen. Die führenden Genossinnen der sozialistischen Frauen-gruppe in Mailand, Genossin Valabano und andere werden eifrige Mitarbeiterinnen an dem Blatte sein. Moralisch und materiell wird es an dem Verwaltungsrat unseres täglichen Parteiorgans Avanti eine Stütze haben, ebenso an dem Gewerkschaftsbund, Arbeiterkammern usw. Wir wissen, daß das weibliche Proletariat Italiens mit der Difesa delle Lavoratrici (Verteidigung der Arbeiterinnen) eine schneidige Waffe und eine zuverlässige Führung erhält, die junge sozialistische Fraueninternationale eine treffliche neue Vorkämpferin. Herzlichen Schwestergruß dem Blatt, das in den Tagen des entfesselten Chauvinismus Italiens Proletarierinnen das Banner der internationalen sozialistischen Solidarität vorantreibt.

Frauenbewegung.

Eine politische Frauenversammlung der Zentrums-partei in Köln hat am 3. November stattgefunden. Sie war von 3000 Personen besucht; der bisherige Reichstagsabgeordnete Giesberts und Pfarrer Kaster referierten über die Steuerungsfrage. Die Wahl des Themas verrät die revolutionäre Wirkung des Zoll- und Steuerwuchers, dessen Folgen vermorshenden Vorurteilen einen kräftigen Stoß geben. Soziale Not lehrt politisch denken. Diese Kölner Versammlung ist von großer prinzipieller Bedeutung. Zum erstenmal hat das Zentrum offiziell mit der Auffassung gebrochen, daß die Politik die Frauen nichts angehe. Wie anders las man es noch vor wenigen Jahren! Da konnte die biedere Zentrums-Prese nicht genug Entrüstung über die Sozialdemokratie ausschütten, die angeblich die Familie dadurch zerstören wollte, daß sie den Frauen politische Aufklärung brachte und auch sie zum Kampfe für ihre Interessen aufrief. Und wie tapfer schmähte und verhöhnnte sie die „Versammlungsstörzerinnen“! Nun kann das Zentrum auch anders, denn des Lebens leibliche und seelische Nöte zwingen auch die katholischen Frauen in die politische

Arena, und die anschwellende rote Blut droht große Wählermassen aus dem liberalen Lager zu reißen. Das Zentrum, das lange schon die Frau als stille, heimliche Helferin in politischen Dingen sich nutzbar gemacht hat, lernt nun auch ihre öffentliche politische Mitarbeit anerkennen. Das zeigte sich gelegentlich des Zentrumsieges bei der Kölner Stadtverordnetenwahl dritter Klasse am 8. November. In einer Wählerversammlung des Zentrums äußerte der Parteivorstand Dr. Mertens in seinem Schlusswort unter großem Beifall: „Nach alter deutscher Sitte danke ich zunächst den Frauen. Zum ersten Male, seitdem die Kölner Zentrumsparterie besteht, haben wir die von unseren Frauen uns angebotenen Dienste angenommen und uns gern zunutze gemacht. Viele von ihnen haben eifrig und tatkräftig in der Agitation mitgeholfen und bewiesen, daß sie es verdienen, an unserer politischen Arbeit teilzunehmen.“ Daß die Frauen es verdienen, nicht bloß an der Arbeit, sondern auch an den politischen Rechten der Männer teilzunehmen, hat der Zentrumsführer noch nicht ausgesprochen. So viel Gerechtigkeitsinn betätigt einstweilen von allen großen Parteien in Deutschland einzig und allein die Sozialdemokratie, auch nicht die Partei „für Wahrheit, Freiheit und Recht“. Aber es wird die Zeit kommen, wo das Zentrum die Konsequenzen aus dem Wandel der Dinge und Werte, aus der politischen Betätigung der Frauen ziehen muß, wie dies jetzt zum Beispiel Dr. Heim tut. Wie stark das Drängen katholischer Frauenkreise nach Betätigung am politischen Leben ist, beweist die Entwicklung des Düsseldorf-Frauenvereins. Es ist das ein Frauenverein gegen das Frauenwahlrecht; außerordentlich rührig ist aber der Anteil, den seine Mitglieder am Kampf gegen die Sozialdemokratie nehmen, und rasch wächst unter frommer Begünstigung die Zahl der Organisierten, die er umschließt. Erscheinungen dieser Art im Lager eines Feindes müssen die Genossinnen und Genossen anspornen, mit verzehnfachter Energie an der Erweckung und Schulung des weiblichen Proletariats zu arbeiten. Der jetzige Wahlkampf zeigt, daß das Wettrennen der bürgerlichen Parteien um die Wahlhilfe der armen Frau beginnt.

Die liberalen Berliner Frauen im Wahlkampf. Wie wir bereits mitteilten, wollen die liberalen Damen unter Fräulein Wischniewskas Führung den ersten Wahlkreis der Reichshauptstadt gegen den Ansturm der Sozialdemokratie verteidigen helfen. Eine Versammlung, die sie zu diesem Zwecke nach dem „Tiergartenhof“ einberufen hatten, hinterließ gerade keinen überwältigenden Eindruck. Wohl war der kleine Saal dicht besetzt, allein der stolz gepredigte Vernichtungszug gegen die böse Sozialdemokratie ward in Wirklichkeit ein Froschmäuselkrieg zwischen den Gönnerinnen des „entschiedenen, vollen und ganzen“ Liberalismus des Herrn Kämpf und den Anhängerinnen des Obersten a. D. Gädke von der Demokratischen Vereinigung. Fräulein Wischniewska war die Löwin des Abends. Sie süßte sich schon ganz unter den Palmen unserer tropischen Kolonien. Majestätisch grollte ihr Sehnsuchtschrei nach neuen geraubten Länderstücken, die die überfüllte deutsche Bevölkerung aufnehmen sollen, während der gut vaterländische Kapitalist durch seine Streifbrecheragenten Böhmern, Italiener hereinrufen läßt, um die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter womöglich auf das Niveau von Kulis herabzudrücken. Von den königlichen Kaufleuten und Großindustriellen im Hansabund erhofft Fräulein Wischniewska mit Hilfe der Frauen eine Wiedergeburt des Liberalismus, der Deutschland herrlichen Tagen entgegengeführt wird, die die kühnsten Kolonialträume erfüllen. Und um dieser Hoffnung willen brachte es Fräulein Wischniewska fertig, die Ergebnisse des Reichstags der Gottentottenwahl zu rühmen: daß polizeilich verschandelte Reichsvereinsgesetz, den volksfeindlichen Schwindel der Finanzreform, ja sogar das Gemisch von Fiktion und Ausnahmerecht der Reichsversicherungsordnung. Herr Kämpf aber ist berufen, an den weiteren Wunderwerken des Liberalismus hervortragend mitzuwirken. Ihm muß daher die Wahlhilfe aller liberalen Frauen zuteil werden. Die demokratischen Frauenrechtlerinnen sparten an diesen Ausführungen nicht mit ihrer Kritik. Nach ihnen ist Herr Gädke der auserlesene Mann, für den die Frauen eintreten müssen, denn mit Sachkenntnis kann er über den Militarismus urteilen, und ohne Schwanken tritt er für die Frauenrechte ein. „Ach, gehen Sie doch mit Ihrem Herrn Gädke in andere Kreise,“ hieß es von einer Seite. Unmutig schallte es zurück: „Stören Sie uns hier im ersten Wahlkreis nicht, wir müssen sorgen, daß nicht ganz Berlin rot wird.“ Dies Wort verriet des Pudels Kern. Der putzige Sturm im Finkenwäldchen endete zuguterletzt mit Fräulein Wischniewskas feierlichem Schwur, daß die liberalen Frauen im Bunde mit dem Liberalismus und gegen die Sozialdemokratie für Deutschlands Zukunft kämpfen wollen. Bittere, Buzang!

Verschiedenes.

Eine alltägliche Geschichte. Ein zartes, schwaches Mädchen wird auf meine Abteilung gebracht; ich untersuche es im großen Krankensaal und finde nichts als ein leicht erregbares, nervöses Herz, eine allgemeine Erschöpfung, die inneren Organe scheinen durchaus gesund zu sein. Instinktiv weiß ich, hier liegt hauptsächlich ein seelisches Leiden vor, hier hilft nicht der Arzt, sondern nur der teilnehmende, mitsühlende und verstehende Mensch. Ich bitte daher die Patientin in mein Sprechzimmer, geleitet von der Hoffnung, daß es mir in einer Unterredung unter vier Augen gelingen möge, das Vertrauen des Mädchens zu gewinnen, es zu einer offenen Aussprache zu veranlassen. Das Mädchen erzählte mir eine ganz alltägliche Geschichte.

„Ich liebte einen Ingenieur, meine Eltern, einfache Arbeiter, bezweifelten von der ersten Minute an den Ernst seiner Absichten und warnten mich unaufhörlich vor dem vornehmen Freier. Ich schlug alle Warnungen in den Wind und glaubte den Worten meines Geliebten. Freudestrahlend ging ich mit ihm, so oft er aus der benachbarten Stadt zu einem Stellbuchein kam. Aber nicht lange sollte mein Glück währen. Es war bald kein Zweifel mehr möglich, ich war schwanger, und die Mitteilung hiervon beantwortete mein Bräutigam mit tiefem Schweigen. Von dieser Stunde an hat er kein Wort mehr geschrieben, sich nie nach meinem Befinden erkundigt, keinen Pfennig Geld hat er geschickt, damit ich für das Kindchen sorgen konnte.“

Was sollte ich tun? Tagüber mußte ich mit freundlichem Gesicht hinter dem Ladentisch stehen und Kunden bedienen, die Nächte verbrachte ich schlaflos, gequält von Verzweiflung, Kummer, Sorge und Angst. Angst vor dem Vater, der von meinem Zustand nichts ahnte. Am schlimmsten von allem aber war die grenzenlose Enttäuschung, der Abscheu und Ekel vor dem Verführer.

Nach und nach wurde meine körperliche Schwäche und Hinfälligkeit so groß, daß ich einen Arzt auffuchen mußte. Dieser zog noch einen zweiten zu Rate, und die Herren beschloßen mit Rücksicht auf meine Hinfälligkeit und aus Furcht vor einer beginnenden Lungenerkrankung die Schwangerschaft künstlich zu unterbrechen. Ohne Wissen meiner Eltern lag ich im Krankenhaus, die Operation wurde vorgenommen. Schimpf und Schande wurden von mir abgewendet, aber — obwohl auch die Lunge wieder ausgeheilt ist — ich kann dieses Erlebnis nicht überwinden, ich kann nicht mehr zu Kräften kommen, mein Lebensmut ist gebrochen. Ein volles Jahr lag ich schon im Krankenhaus, über 1000 M. haben meine armen Eltern für mich bezahlen müssen, denn ich gehöre keiner Klasse an.“

Wem drängen sich bei einer solchen Erzählung nicht eine Menge Gedanken auf?

Man könnte darauf hinweisen, daß es für ein Mädchen immer sehr unklug und in vieler Hinsicht sehr gewagt ist, sich vor der Verheiratung in geschlechtlichen Verkehr einzulassen; man könnte warnen, den Eintritt in eine Krankenkasse nicht zu unterlassen usw. Mich interessiert hier aber nur die Frage, wie weit der Mann gesetzlich verpflichtet gewesen wäre, für den entstandenen materiellen und ideellen Schaden aufzukommen. Wir will scheinbar, daß die §§ 1715 und 1800 des Bürgerlichen Gesetzbuchs darüber Aufschluß geben. Nach § 1715 ist der Mann verpflichtet, der unehelichen Mutter die Kosten der Entbindung sowie die Kosten des Unterhaltes für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung zu ersetzen, ebenso auch die weiteren Aufwendungen, die infolge der Schwangerschaft oder Entbindung notwendig werden. Der Anspruch steht der Mutter auch zu, wenn das Kind tot geboren ist. § 1800 lautet: „Hat eine unbescholtene Verlobte ihrem Verlobten die Beivohnung gestattet, so kann sie, wenn die Voraussetzungen des § 1298 oder des § 1299 vorliegen, auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung in Geld verlangen.“

Es scheint aber unzweifelhaft aus dem Gesetz hervorzugehen, daß der Mann die 1000 M. und noch mehr hätte zahlen müssen. Weder dem Mädchen noch mir war etwas von diesen Paragraphen bekannt. Ich mußte erst im Gesetzbuch nachlesen, um mich über den Rechtsanspruch der Patientin zu vergewissern. Da ich fürchte, daß noch mehr Menschen unsere Unkenntnis teilen und kein Gesetzbuch zur Hand haben, habe ich diese kleine alltägliche Geschichte geschrieben, um zu mahnen, daß sich junge Mädchen oder ihre Verwandten in ähnlichen Fällen ja an einen Rechtsanwalt, ein Arbeitersekretariat oder eine Rechtschutzstelle wenden möchten. Es kann dann wenigstens ein Teil der materiellen Schädigung wieder gutgemacht werden, der der Verlassenen zugefügt worden ist.

Dr. med. Marie Kaufmann.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jettin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.